

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) 20. Juni 2015 – Graz blickt in die Zukunft

GR.ⁱⁿ **Gmeinbauer**, GR.ⁱⁿ **Bergmann**, GR. Mag. **Haßler**, GR. Mag. **Sippel**, GR. Dr. **Wohlfahrt** und GR. **Pacanda** stellen den gemeinsamen dringlichen Antrag:

GR. Dr. **Piffli-Percevic**: Herr Bürgermeister, Mitglieder des Stadtsenates, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Herr Bürgermeister hat heute die Sitzung eingeleitet mit sozusagen dem aktuellen Stand. Unsere ganze Konzentration und unsere ganze gedankliche Zuwendung gilt den Opfern dieser Katastrophe. Herr Bürgermeister hat auch zum Beispiel berichtet, es war am Anfang gar nicht möglich, er hatte gar keine Liste, keine Namensliste über die Opfer, hatte gar keine Gelegenheit auch, sich persönlich um die Verletzten direkt zu kümmern, außer ein paar, die man persönlich aus dem Bekanntenkreis genannt bekommen hat. Auch die Besuche dieser Betroffenen, Getroffenen haben stattgefunden und es ist ein kleiner Hoffnungsschimmer in dieser Katastrophe, dass sich doch einiges entwickelt, dass die Fortschritte, wie wir gehört haben, wahrnehmbar sind. Meine Kollegin Ina Bergmann hat in ihrer spontanen positiven Art für ihre Fraktion auch ganz spontan dem Herrn Bürgermeister persönlich gedankt. Euer Applaus, es war erkennbar, dass er von Herzen kommt, euer herzlicher Applaus hat unterstrichen, dass dieser Dank von uns allen kommt, von allen Fraktionen und heute ist eben der Tag, wo der Gemeinderat erstmals nach dieser Katastrophe zusammen ist und ich möchte mich bei dir, Herr Bürgermeister, gestärkt durch diesen Applaus auch für alle Kolleginnen und Kollegen für deinen persönlichen Einsatz im mehrfachen Sinn des Wortes sehr, sehr herzlich bedanken (*allgemeiner Applaus*). Ebenso ist allen Menschen, die an deiner Seite waren, hier sitzen sie auf der Regierungsbank, die dich in dieser schwierigen Zeit, für dich persönlich schwierigen Situation, für die Stadt schwierigen Situation, für deine Amtsführung sehr schwierigen Situation so unterstützt haben, auch die Beamtenschaft

im Hause. Es war für mich noch nie erkennbar, dass man so spontan zusammengestanden ist und da möchte ich namentlich auch deine unmittelbaren, persönlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließen, denn es ist ganz wichtig, dass man von Vertrauten mitgetragen wird in so einer beispiellosen Situation und es war einfach, angesichts dieser Tragik, schön, das mitverfolgen zu können, dass gerade in einer schweren Stunde diese Kooperation und dieses Mitleid im positivsten Sinn gegeben ist. Daher auch ein herzlicher Dank an alle diese Personen und viele darüber hinaus an dieser Stelle (*allgemeiner Applaus*). Seit der Trauerkundgebung, dem Trauermarsch entlang einer Strecke, und es war irgendwie für mich nicht das erste Mal, dass diese Strecke begangen wurde, denn wir erinnern uns von der Synagoge aus gab es bereits einmal einen Fackelzug hierher aus einem ganz anderen Gedenken. Beides wollen wir uns nie mehr wünschen. Diese Momente, die du, Herr Bürgermeister, ganz am Anfang dieses Wahnsinns miterleben musstest persönlich, solche Momente erlebt man kaum, ganz selten, man weiß Beschreibungen, es sind Momente, wo die Zeit stillzustehen scheint, wo man glaubt, es ist gar nicht wahr, es handelt sich um einen Wahrnehmungsirrtum. Zu diesem Zeitpunkt muss man aber helfen, muss man was tun und das haben viele hier in unserer Stadt getan. Es gibt so etwas wie new experience, könnte man sagen. Ein Wissen, dass wir eine Solidarität haben und das gehört zu dem Positiven dieses Tages, zu den Positiva dieses Tages. Wir tragen daher viele von uns ein Band „Graz trägt Hoffnung“ und es war auch so wirklich schön, bei dieser Trauerfeier, nach dieser Trauerwoche, klar wieder den Blick in die Zukunft zu wenden, damit alles getan wird, wir haben jetzt eine höhere Verantwortung, was Prävention betrifft, was proaktives Handeln betrifft, als wir sie vorher gehabt hätten. Wir sind froh, dass wir auch hier im Gemeinderat, und ich möchte mich gleich vorweg bedanken bei allen Klubvorsitzenden und Klubobfrauen und -männern, dass es einen gemeinsam dringlichen Antrag gibt, der ganz wesentliche Punkte zum Inhalt hat, die von uns jetzt gefordert sind, die nicht nur von uns im Sinne einer Initiativsetzung, einer Aufgabenerledigung, was unseren unmittelbaren Bereich betrifft, gefordert ist, aber die wir auch von übergelagerter Stelle einfach einfordern müssen und sicherstellen

müssen. Es geht zunächst, was von uns allen gefordert wird auch klar im Appell, das ist, die Zivilcourage zu stärken, besser hinzuhören im Alltag auf Nöte, auf Problemagglomerationen, die möglicherweise dann zu Schwierigkeiten führen können. Es ist, wie du, Herr Bürgermeister, es auch zum Ausdruck gebracht hast, eine Spur der Unmenschlichkeit aufgetreten, eine tiefe Spur der Unmenschlichkeit und Herr Bürgermeister, du hast es formuliert, diese tiefe Spur kann nur durch Menschlichkeit aufgefüllt werden. Es gilt wirklich, uns zusammensetzen und all die Problemzonen, die wir haben, da ist die Problemzone der psychischen Gewalt ganz eindeutig näher anzuschauen, proaktiv dem zu begegnen. Wenn eine Umfrage der europäischen Grundrechtsagentur eben gezeigt hat, dass 43 % der Frauen Gewalt erlebt haben, als Mann erschauert es einen, meistens sind die Männer oder fast immer die Täter. Wir sind gut beraten uns wirklich Gedanken zu machen und uns gemeinsam zu beraten. Es gibt einen Gewaltschutzgipfel am 14. Juli in Absprache des Herrn Bürgermeisters mit Frau Bürgermeisterstellvertreterin, der ich auch ganz persönlich danken möchte für die Unterstützung in dieser schwierigen Zeit auch des Herrn Bürgermeisters immer wieder gemeinsam mit den Stadtsenatsmitgliedern. Es wird diesen Gewaltschutzgipfel geben, bei dem auch präventive Angebote namentlich geprüft werden sollen für Familien, es geht weites darum, auch alle, die sozusagen in Frieden, aber auch in Anlassfällen mit diesen Situationen befasst sind, der Exekutive, der Gerichtsbarkeit, der Sozialarbeiter, es gilt, diese auch zu stützen durch Schulungen, sie zu stärken, mutiger zu machen und auch die Augen weiter zu öffnen, um solche Probleme frühzeitiger zu erkennen. Das ist die Botschaft dieses Tages. Es geht also auch um ein Fortbildungsprogramm für die Begegnung und das Handeln gegen Gewalt gegen Frauen, das sind die ersten Botschaften dieses Tages. Wir haben sie erkannt, wir sind gut beraten aus diesem Geist der Gemeinsamkeit in all diesen Dingen, die unsere Gesellschaft so zentral betreffen, näher zusammenzurücken. Ich danke für die bekundete Bereitschaft und darf daher diesen Antrag, der diese Punkte zum Inhalt hat, zur Beschlussfassung empfehlen. Einen herzlichen Dank an Sie alle und mit den besten Wünschen an die Opfer und mit den

besten Wünschen, dass die Maßnahmen, die wir uns zum Ziel gesetzt haben, auch Wirkung zeigen werden, herzlichen Dank (*allgemeiner Applaus*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

2) Einsetzen einer Arbeitsgruppe „Mindestsicherung“

GR. **Rajakovics** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Rajakovics**: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es geht in meinem Antrag um die Einsetzung einer Arbeitsgruppe zum Thema Mindestsicherung und ich möchte es gleich vorweg sagen, es geht mir nicht darum, irgendjemandem irgendetwas zu neidig zu sein, etwas vorzuenthalten, sondern es geht mir darum, auf etwas hinzuschauen und vor allem Fakten zusammenzutragen, die zumindest so für einen auch Interessierten, aber nicht direkt im AMS Sitzenden kaum durchsichtig sind und auch wahrscheinlich selbst für so jemanden schwer zusammenzutragen sind. Faktum ist, dass wir in der Stadt Graz ein durchaus beachtliches gesetzlich auferlegtes Budget haben für Sozial- und Jugendwohlfahrt. Im heurigen Jahr ist es mit 215 Millionen Euro dotiert, wobei die Steigerungen der letzten zehn Jahre doch gewaltig sind, von 110 auf 215 Millionen. In dem Budget enthalten ist auch das, was heute Mindestsicherung ist, früher unter Sozialhilfe gelaufen ist und diese Steigerungen sind im Vergleich zu anderen Steigerungen in diesem Budget, nämlich im Vergleich zur Steigerung bei der Zuzahlung zur Altenbetreuung, Altenhilfe, Seniorenwohnen oder auch zur Jugendwohlfahrt, deutlich stärker gestiegen und das ist die Mindestsicherung. Gründe dafür gibt es mehrere, ich möchte nur einige aufzählen, das ist natürlich die Situation insgesamt am Arbeitsmarkt, das ist aber auch ganz besonders die Situation wie

Arbeitnehmer und Arbeitgeber in Richtung Möglichkeiten sozialer Unterstützungen auch miteinander Vereinbarungen abschließen, dass man im Hinblick darauf, was es da an Förderungen gibt, dort an Förderungen gibt, auch bei der Lohnsumme dann sich auf etwas einigt, was beide zufriedenstellt. Letztlich aber die Allgemeinheit oder die Töpfe der Allgemeinheit anzapft, auch das hat viele Hintergründe. Das Fördersystem insgesamt der Mindestsicherung war vorgesehen im Zusammenhang mit einer Transparenzdatenbank, die Idee war ja ursprünglich, und da kann ich mich noch gut an die Diskussionen erinnern, eine Förderung, damit nicht so viele Stellen auszahlen, damit man eine Übersicht bekommt. Faktum ist, die Mindestsicherung ist gekommen und alles andere ist geblieben. Das heißt, von einer Transparenz am Transferleistungsmarkt sind wir sehr weit entfernt und letztlich wird es auch eine Frage sein, wieweit Menschen voraussichtlich nicht ins Arbeitssystem einsteigen können und das sind auch natürlich Konventionsflüchtlinge ab einem gewissen Alter, die natürlich auch stärker in die Ballungszentren ziehen, die auch finanziert werden müssen. Das alles soll auch passieren und ich will ja niemandem irgendwas wegnehmen, aber ich hätte gerne, dass wir, und das ist der Antrag, den ich auch stellen möchte, dass die in dem Fall zuständige Bürgermeisterstellvertreterin Dr.ⁱⁿ Martina Schröck eine Arbeitsgruppe einsetzt, zusammenruft, bestehend aus den Mitgliedern des Sozialausschusses, der Finanzabteilung, des Stadtrechnungshofes, der Arbeiter- und Wirtschaftskammer, des AMS, der zuständigen Sozialabteilung des Landes und Joanneum Research, die in den letzten Jahren ja dazu sehr viel schon publiziert haben, um gemeinsam eine Bestandsaufnahme zu machen, wie es rund um die Mindestsicherung und diese verschiedenen Fördersysteme auch im Hinblick auf die Transparenzdatenbank ausschaut und einen Bericht mit Vorschlägen, da wir ja nicht Gesetzgeber sind, sind wir angewiesen in dem Fall, Vorschläge an das Land und an den Bund zu machen, die wir dann über die Stadtregierung beziehungsweise über Petitionen, die wir hier gemeinsam beschließen können, an die übergeordneten Ebenen herantragen können. Ich bitte um Zustimmung (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Krotzer** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Mitglieder der Stadtregierung, des Gemeinderates, werter Antragsteller, lieber Thomas! Du hast jetzt damit begonnen, du willst keine Neiddebatte. Wenn ich mir anschaue, was von der ÖVP die letzten Tage gekommen ist, ihr habt ja auch eine ÖVP-interne Abstimmung gehabt, ob man jetzt einmal so richtig sich auf das Thema Mindestsicherung einschießt, die da mit großer Mehrheit parteiintern so ausgegangen ist, dann hört sich das bei mir ein bisschen anders an. Dass die Aussagen oder die Ausgaben für die Mindestsicherung deutlich gestiegen sind, ist ein Faktum, das hat natürlich auch Hintergründe. Wir haben eine Rekordarbeitslosigkeit, die so hoch ist, wie seit den 1940er-Jahren nicht mehr. Du rechnest in deinem Antrag auch sehr viel.

Zwischenruf GR. Pogner: Wir haben auch eine Rekordbeschäftigung.

GR. Mag. **Krotzer**: Ja, das Thema mit eurer Rekordbeschäftigung haben wir schon ein anderes Mal gehabt, wie dann diese Jobs ausschauen und wer da wieviel kriegt dafür. Aber das ist nicht das Thema jetzt.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Das ist das Thema!

GR. Mag. **Krotzer**: Das Thema ist die Mindestsicherung und da haben wir auch eben die Sache, dass hinter den Zahlen, die du rechnest, Thomas, immer auch ein Schicksal

steht und das müssen wir sehen. Und wir müssen auch eines sehen, und das halte ich irgendwie für besonders verwerflich auch an dieser Strategie, die ja hier von der Bundes-ÖVP auch im Zuge des Wien-Wahlkampfes vorgegeben wird, dass man jetzt beginnt mit einer Stimmungsmache, die sich gegen die ärmsten Bevölkerungsteile richtet, wo man offenbar versucht, da vielleicht der FPÖ ein bisschen den Wind aus den Segeln zu nehmen, weil man gegen andere Bevölkerungsgruppe da losgeht. Das ist irgendwie, was aus unserer Sicht, aus Perspektive der KPÖ etwas, was wir sehr stark ablehnen, wo wir auch auf eines hinweisen. Also ein paar Fakten in aller Kürze, was es mit der Mindestsicherung auf sich hat. Erstens ist der Punkt, dass es wahrscheinlich kaum etwas gibt, was derartig stark kontrolliert wird wie die Mindestsicherung, was derartig streng kontrolliert wird. Da müssten wir einmal hinschauen viel mehr bei Steuerbetrug, bei der sogenannten Oberschichtenkriminalität, da geht es nämlich um ganz andere Beträge. Bei der Mindestsicherung geht es insgesamt um 0,4 % des österreichischen Budgets. Die wenigsten Bezieherinnen und Bezieher der Mindestsicherung bekommen die vollen 794 Euro, dazu kommt, dass, wer keinen Job annimmt, eben die Leistung nicht mehr bekommt, das Geld kriegt man ohnehin nur dann, wenn das Vermögen größtenteils aufgebraucht ist, selbst ein Auto darf man sich nur dann behalten, wenn man es jobbedingt braucht, also ich weiß nicht, wie man da auf die Diskussion kommt, dass da irgendwie Leute weiß Gott wie was dazu irgendwie zu Unrecht beziehen würden. Vielfach haben wir die Tatsache, dass die Mindestsicherung dazu dient, bei Teilzeitarbeit aufzustocken. Durchschnittlich ist der Wert, den die meisten beziehen, liegt bei 350 Euro. Auch noch ein weiterer Fakt ist, die Hälfte der Anträge wird abgelehnt. 30.000 Menschen ist der Bezug der bedarfsorientierten Mindestsicherung auch schon gesperrt worden, weil sie zum Beispiel AMS-Termine nicht wahrgenommen haben und als letzter Fakt, 47.000 Bezieherinnen und Bezieher der Mindestsicherung haben dann danach wieder einen Arbeitsplatz gefunden. Um das abschließend noch einmal zu sagen, ich glaube, es ist in der Situation, in der wir uns befinden ganz einfach notwendig, dass wir das haben und ich fände es sehr schäbig,

wenn hier auf dem Rücken der Ärmsten der Gesellschaft politisch Stimmung gemacht wird (*Applaus KPÖ, SPÖ und Grüne*).

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel**, MA: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Stadtregerung, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, lieber Thomas! Lieber Thomas, ich bin über deinen Antrag sehr verwundert, weil ich weiß, dass du in der Caritas gearbeitet hast und du kennst die Schicksale von Menschen, die nicht auf die Butterseite des Lebens gefallen sind und die wirklich Unterstützung brauchen. Ich bin auch deshalb verwundert, weil du ja Mitglied des Sozialausschusses bist und da ja laufend die Zahlen bekommst und auch immer wieder Expertinnen und Experten eingeladen werden und erklären, was die Ursache ist und warum das so ist. Du weiß auch, wie streng das kontrolliert wird. Und dann bin ich deshalb sehr überrascht, weil ich unserem Bürgermeister heute sehr aufmerksam zu Beginn der Gemeinderatssitzung zugehört habe und ich habe es mir mitgeschrieben, er hat gesagt, wie wichtig der soziale Zusammenhalt in einer Stadt ist, dass wir am Gemeinsamen arbeiten müssen und den sozialen Frieden uns erarbeiten müssen und das Gemeinsame in den Vordergrund stellen und das ist jetzt die Quintessenz...

Zwischenruf GR. Rajakovics: Machen wir einen Arbeitskreis.

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel**, MA: Wie verletzlich der soziale Frieden ist, wir sind da auf dünnem Eis. Und deshalb ist dein Antrag absolut nicht geeignet, diesen sozialen Frieden zu

sichern, sondern er schürt Neiddebatten, ob du das jetzt willst oder nicht, er versucht, einen Keil in die Gesellschaft zu treiben.

Zwischenruf GR. Rajakovics: Wo steht das?

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel**, MA: Ja, du spielst Leute, die weniger verdienen, aus mit Leuten die überhaupt nichts haben. Das ist ja die Quintessenz (*Applaus SPÖ*). Und ich gebe dem Kollegen Krotzer absolut Recht, du sprichst von Fakten und Zahlen, wir sprechen von Menschen. Wir sprechen von Menschen und zum Beispiel über einen 40-jährigen Installateur, der einfach so einen Druck hat in seiner Arbeit, der einen Schlaganfall hat, der dann nicht mehr im Berufsalltag integrierbar ist, wir reden über eine Alleinerzieherin mit drei Kindern, die zu wenig flexibel ist, um auf dem Arbeitsmarkt entsprechend eine Anstellung zu kriegen, die ist dann quasi unvermittelbar. Wir reden von Menschen, die wirklich eine Einkommenssituation haben, wo keine andere Möglichkeit gegeben ist und sie haben einen Rechtsanspruch und dieser Rechtsanspruch wird von der Behörde überprüft, kontrolliert und abgeglichen. Und es ist eines, wenn wir schon darüber reden und du hast es angesprochen, was sind die Ursachen, was sind die Hintergründe? Da müssen wir schon sagen, die Arbeiterinnen und Arbeiter sind nicht schuld an der Wirtschaftskrise, sie sind nicht schuld an der Finanzkrise, sie haben aber die Auswirkungen größtenteils zu tragen (*Applaus KPÖ, SPÖ und Grüne*) und es ist ganz klar, wie das Vermögen generell in der Welt verteilt ist und jetzt komme ich speziell auf Österreich. Besonders in Österreich und in Deutschland ist es so, dass die reichen Haushalte einen Riesen-Anteil an Vermögen besitzen, in Österreich sind es genau 40 %...

Zwischenruf GR. Haberler: Neiddebatte.

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel**, MA: Ja 40 % des Gesamtvermögens hat ein Prozent der reichsten Österreicherinnen und Österreicher und dann fragen wir, warum es eine Mindestsicherung geben muss, ich glaube, da erübrigt sich diese Begründung. Und eines ist ganz klar, was tut man gegen diese Ungleichheit, die zur Arbeitslosigkeit, zur Armut, zu Leid und zu schlechteren Chancen, Gesundheitschancen, schlechtere, führt? Es ist ganz, ganz wichtig, dass wir diese Menschen, die unsere Unterstützung wirklich brauchen, niemals zum Spielball machen, niemals zum Spielball einer Neiddiskussion...

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Das ist jetzt eine Neiddebatte.

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel**, MA: ...sondern es geht hier um sozialen Frieden, es geht um Existenzsicherung und es geht wirklich um Menschen, die mit ihrem Einkommen und mit der Mindestsicherung gerade das Allernotwendigste sich leisten können. Und deshalb ist es unsere Aufgabe, die Einkommensdebatte und auch die Vermögensdebatte, die unterschiedlichen Vermögenszuweisungen zu diskutieren, aber nicht die Mindestsicherung. Die Mindestsicherung ist da, um Armut zu vermeiden und genau für diese Menschen, die keinen Lobbyismus haben, die keine Bank dahinter haben, diese Menschen, ist unsere Aufgabe, diese zu unterstützen. Und mir scheint es wirklich, wir dürfen nicht Neid und Zwietracht in einer Gesellschaft säen, sondern wir sollten das Verbindende, das Miteinander und die Wichtigkeit und den enormen Wert eines sozialen Friedens in einer Stadt sehen. Deshalb stimmen wir weder der Dringlichkeit noch dem Inhalt zu (*Applaus KPÖ, SPÖ und Grüne*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Werte Kolleginnen und Kollegen, lieber Thomas! Einiges ist schon gesagt, eines ist mir noch immer nicht klar und ich glaube, es wird auch nicht ganz klar werden, um was es dir mit diesem Antrag eigentlich geht, was die Zielsetzung ist. Weil, dass du die Mindestsicherung da kappen willst, ich glaube es fast nicht, es steht auch nicht drinnen, da hast du schon Recht. Andererseits ist es mir auch nicht klar, um was es wirklich geht. Vielleicht ganz kurz am Anfang vom Finanzausschuss hat Gerhard Rüschi darauf hingewiesen, dass das Budget in diesem Bereich nicht halten wird und ich glaube, das ist für dich auch ein bisschen Motivation, da nachzuschauen. Er hat es ganz klar und gut beschrieben, die Kosten für die Mindestsicherung steigen extrem an, das ist für ihn natürlich als Finanzstadtrat ein wesentlicher Punkt, die Ursachen sind relativ schnell erklärt im Wesentlichen. Es ist einerseits eine zu hohe Arbeitslosigkeit, in Klammer, trotz steigender Beschäftigung, aber auch die Arbeitslosigkeit steigt und es sind zu geringe Löhne. Diese Kombination, Arbeitslosigkeit und zu geringe Löhne, ist natürlich fatal für die Menschen und führt dazu, dass sie in das letzte Fangnetz Mindestsicherung reinkommen und dort höhere Kosten anfallen. Dort hinzuschauen, ist total wichtig, dort müssen wir was ändern, da ist Handlungsbedarf, ist vielleicht eher in der Bundespolitik als auf Stadtebene, sollten wir auch zusammenarbeiten, hier müsste man eigentlich hinschauen. Davon sehe ich im Antrag nichts, aber ok, ist jetzt Bundesebene, aber dann weiß ich schon nicht, um was es geht. Dann lese ich Dinge heraus, die ich ganz eigenartig finde, das ist die pauschale Missbrauchsunterstellung. Also ich muss sagen, auf der Uni meinen Studierenden sage ich nachher immer, ich weiß schon, dass es Missbrauch gibt, es gibt Unternehmer, die zahlen die Steuern nicht, es gibt auch Leute, die Mindestsicherung zu Unrecht beziehen, Missbrauch gibt es, ja, aber diese pauschale Unterstellung, diese pauschale Verdächtigung, mit der müssen wir sehr, sehr vorsichtig sein und da drinnen ist sie ziemlich stark drinnen, also da bitte ich wirklich in ein Gemeinderatsstück, in einen Gemeinderatsantrag das so generell Unternehmen und Arbeitnehmern zu unterstellen, dass die da jetzt illegale Verträge

schließen, das ist ein bisschen ein hartes Stück, aber ok, wenn du es wirklich so glaubst, es wird schon manchmal stattfinden, das glaube ich auch. Da kann man auch hinschauen, aber bitte hier, das ein bisschen vorsichtiger zu formulieren. Und dann erleben, und das wundert mich am meisten und das trifft auch die Kollegin vorher ganz viel Unzufriedenheit mit der eigenen Partei, wenn da steht, die letzte umgesetzte Steuerreform hat die Lohnnebenkosten nicht erhöht, Entschuldigung, willkommen zu den Grünen, wir hätten Vorschläge gehabt im unteren Einkommensbereich, die zu senken, wir haben eine Vermögenssteuer diskutiert, also wenn man das bundespolitisch anschaut, dann seid ihr echt beide bei den falschen Parteien, Vermögenssteuer, Sozialabgaben für die unteren Einkommensbezieher und dergleichen, hier hätten wir viel Änderungsbedarf. Das Letzte und um was es am ehesten geht, du hast es auch mündlich erwähnt, Transparenzdatenbank, ja entschuldige, das hatten wir hier schon ein paar Mal diskutiert, hättest du damals zugehört, hättest du auch gewusst, dass das sicher nie kommen wird, weil es ja absurd ist, weil es so nicht machbar ist, weil das ganze System das nicht liefern kann, aber eines muss uns klar sein, die Personen, die Mindestsicherung beziehen, die werden so etwas von genau durchleuchtet, da wird sowas von genau hingeschaut, was da noch an anderen Beihilfen ist, ob Vermögen vorhanden ist und, und, und. Hier werden genaue Überprüfungen durchgeführt. Ich muss sagen, auch teilweise zu Recht, es ist das letzte Fangnetz, wenn andere Dinge greifen, dann greifen auch andere, aber hier wird ja nicht so quasi so schnell ausbezahlt, sondern hier wir genau hingeschaut, hier hat das Amt auch die Daten, die stehen zur Verfügung. Was du mit einer Aufschlüsselung nach Familiengröße, Nationalität willst, mir ist das völlig unklar. Ich meine, im Bereich von der Steuerung braucht man das, hat man das auch, aber ich weiß nicht, wo das hinsoll das Ganze und die Transparenzdatenbank, zu der sage ich nichts, zu der habe ich schon ein paar Mal was gesagt, das kann so nicht stattfinden, wer soll da was alles wissen, das, glaube ich, können wir vergessen, die wird nicht kommen, aber ansonsten, mir ist es echt unklar, was es überhaupt soll, damit ist auch

klar, wir stimmen gegen die Dringlichkeit und gegen den Antrag (*Applaus KPÖ, SPÖ und Grüne*).

GR.ⁱⁿ **Schönbacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kollegen und sehr geehrte Gäste! Wir Freiheitlichen haben den Handlungsbedarf in diese Richtung Mindestsicherung schon einmal gesehen und unser Klubobmann Armin Sippel hat schon einmal in der Fragestunde eine Anfrage gestellt an die Vizebürgermeisterin Martina Schröck und sie hat den Handlungsbedarf in diese Richtung leider nicht gesehen. Uns ist das aber sehr dringlich und das ist ein sehr wichtiger Antrag für uns, weil genauer hinzuschauen, sichert sozialen Frieden und wenn ich sehe, wie gut, Thomas, du das ausgeführt hast, wie breit gefächert dieses Gremium ist, dann muss ich sagen, dann freut uns das sehr, dass wir da dabei sind. Wir wollen hier dabei sein, und, Herr Kollege Krotzer, das nimmt uns nicht den Wind aus den Segeln, im Gegenteil, das gibt uns Wind in die Segel, ja, und wir wollen in diesem Boot sein, wir wollen mitarbeiten, wir wollen nicht wegschauen und wir sind wirklich dafür, dass die Situation verbessert wird und auch Vorschläge erarbeitet werden. Deswegen stimmen wir der Dringlichkeit und dem Antrag zu (*Applaus ÖVP und FPÖ*).

GR. **Rajakovics**: Nur ganz kurz zur Dringlichkeit. Ich möchte das noch einmal festhalten, ich habe mich hier nicht hergestellt und habe fünf Beispiele gesagt von irgendwelchen Mindestsicherungsbeziehern, die ein Appartementhaus in Kroatien haben und von jemandem sonst. Es gibt für alles Beispiele. Natürlich brauchen die von dir aufgezählten, liebe Waltraud, eine Unterstützung, das soll auch so sein. Warum die Idee, der Transparenzdatenbank für dich, Gerhard, nicht zu diskutieren ist, weiß ich nicht, die Idee so etwas aufzustellen, wenn ein Staat Bayern mit auch ein paar

Einwohnern es zusammenbringt, dass über Sozialleistungen des Bundesstaates entsprechende Aufzeichnungen geführt werden, damit eben gar keine Mär und Geschichten verbreitet werden können, wieviel jemand kriegt, weil man es einfach exakt weiß, nicht jeder hineinschauen kann, weil die Diskussion war damals, ich kann mich sehr gut erinnern, die Transparenzdatenbank geht nicht, weil sonst müsste man es bei den Bauern auch machen. Inzwischen ist bei der Bauernförderung im Internet für jeden einsichtig, wie viel die Förderung ist und beim anderen haben wir überhaupt keine Chance, dass man einmal auf staatlicher Ebene sagen, was gibt die Stadt einer Familie, was gibt das Land einer Familie, was kriegen sie vom Bund und unterm Strich fördert man so viel, dann ist das geklärt, dann kannst du es statistisch auswerten und dann können wir wissen, von was wir reden und was es uns kostet. Faktum ist, dass die gesetzlichen Pflichtleistungen von 100 Millionen auf 215 Millionen gekommen sind in zehn Jahren, dass wir da hier schon diskutiert haben über die Sache mit der Pflegeversicherung, dass wir da nicht weiterkommen, da schaut auch keiner hin. Dass wir hier schon öfter diskutiert haben, ob es im Jugendwohlfahrtsbereich irgendeine Rückmeldung gibt, eine Evaluationsmöglichkeit, was nach dem 18. Lebensjahr wirklich passiert ist nach einer erfolgreichen Erziehung, haben wir gesetzlich auch keine Grundlagen bekommen. Ich weiß, dass es nicht immer einfach ist, nach oben etwas weiterzumelden, wir sind hier die, die etwas vollziehen und feststellen, dass es einfach sehr viel kostet und immer viel mehr kostet und zwar jedes Jahr um vieles mehr kostet und dass das auch den Spielraum für eine Stadt, um zu investieren, einfach einschränkt und wenn es nicht anders geht, dann geht es nicht anders, das wird ein Arbeitskreis, der so besetzt ist, ja wohl zusammentragen können und sagen, nein, es geht gar nichts, wir bringen leider gar nichts zusammen, wir müssen einfach weiterzahlen. Wenn das so ist, soll es mir auch Recht sein, aber ich verstehe nicht, warum man da hier sofort rausgeht, den Klassenkampf ausruft, den ich extra vermieden habe im Antrag, weil es mir darum geht, dass man die Sachen zusammentragen auch auf städtischer Ebene, weil ich merke, dass auf Landes- und Bundesebene dazu, wie in vielen Fragen, oft nicht viel getan wird und wir als Städte die Auswirkung dessen einfach stärker spüren und

vielleicht auch, unter Anführungszeichen „näher“ bei den Menschen sind, sind wir draufgekommen, wie könnte man es anders regeln. Also daher würde ich trotz allem bitten zuzustimmen, es wird in dem Fall mit der Zustimmung der freiheitlichen Partei ausreichen, danke auch für eure Zustimmung und ich hoffe trotz allem, dass wir in so einem Arbeitskreis das zusammentragen können, dass wir Angstmache hintanhaltend können, weil wir Fakten in der Hand haben und dass man vielleicht ein paar Vorschläge in Richtung Land Steiermark und auch dem Bund schicken können, wie wir als Stadt Graz uns das erarbeitet haben und was wir dem Bund in der Hinsicht oder auch dem Städtebund in der Hinsicht vorschlagen werden. Danke (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Piratenpartei) angenommen.

StR.ⁱⁿ **Rücker** zum Antrag: Lieber Thomas! Wenn der Klassenkampf ausbricht, schaut das ein bisschen anders aus, aber noch keine Sorge. Aber ich möchte einfach nur der ÖVP eine Lektüre empfehlen. Ich lese jetzt schon lange Jahre die Schriften der Katholischen Sozialakademie, wer die auch liest, weiß, dass von der Grundeinkommensdebatte bis hin zu ganz viel sozialpolitischen sehr wesentliche Informationen aus diesem Kreis kommen. Diese beschäftigen sich seit Jahren mit der Auseinanderentwicklung der Lohneinkommen, mit der Auseinanderentwicklung der Vermögen, mit der Auseinanderentwicklung von Arbeit, Einkommen und Existenzsicherung. Das, was diese Arbeitsgruppe erarbeiten wird, wird letztendlich das widerspiegeln, wenn sie es sich seriös anschauen, was ihr dort nachlesen könnt, was uns seit Jahren gesagt wird und ich denke mir, das ist etwas, wo ich mir einfach wünschen würde, dass ihr euch wirklich mit dem beschäftigt. Und der Frau Schönbacher möchte ich noch einmal nachfragen, Sie sind selber eine Friseurin, was

ich weiß, Sie wissen, welche Löhne momentan eine halbezeitbeschäftigte Friseurin mit nach Hause nimmt. Das heißt, hier ist genug Wissen darüber da, dass hier etwas auseinanderklafft in dieser Gesellschaft und wenn dann die ÖVP, und das macht ihr ja wirklich momentan, man hat dem Landeshauptmann zuhören müssen, dem neuen Landeshauptmann, man hat im Bund dem Herrn Mitterlehner nur genau zuhören müssen was momentan der Gegenzug ist. Es geht nicht um Armutsbekämpfung, sondern es geht um Infragestellung von einer sehr grundsätzlichen Verantwortung des Staates für die, die nicht mehr anders können und die nicht mehr anders können, nicht deswegen, weil sie nicht anders wollen, sondern weil Einkommen unter tausend Euro für ganz viele Menschen Norm sind, während Wohnen um tausend Euro auch Norm ist inzwischen, das heißt, da klafft etwas auseinander und es ist euch sehr bewusst, wenn ihr genauer hinschaut. Da bei der Mindestsicherung, und das hat der Herr Landeshauptmann ja sehr deutlich gesagt in seiner Antritts-PK, die Mindestsicherung ist zu hoch, weil der Anreiz zum Arbeiten dann zu gering wird, das ist der Ansatzpunkt, den ihr verfolgt, dann kann man nicht bei der Mindestsicherung anziehen, sondern dann ist es doch bitte höchste Zeit, über die Lohnpolitik, die Mindestlohnpolitik und insbesondere die Besteuerung auf dieser Ebene zu reden, dass das, was an Gewinnen und Produktivität in diesem Land nach wie vor besteht, auch über ein Steuersystem so umgeleitet wird, dass es wieder in Auswirkungen für ArbeitnehmerInnen und Kaufkraft fließt, sonst reden wir uns in eine Sackgasse.

Zwischenruf GR. Rajakovics: Ja, reden wir drüber.

StR.ⁱⁿ **Rücker:** Die Kaufkraft schaut euch an, redet mit den Händlern, die Kaufkraft ist weggebrochen bei den meisten der Menschen, da wird das Wirtschaftssystem so nicht angekurbelt werden und durch die Mindestsicherung-Infragestellung, die indirekt damit von euch momentan betrieben wird, wird die Sackgasse verfestigt. Insofern möchte ich euch einfach nur empfehlen, lest die Schriften der Katholischen

Sozialakademie, ist alles seit Jahren evident und gut unterstützt aus einer sehr christlichen Ecke (*Applaus KPÖ, SPÖ, Grüne und Piratenpartei*).

GR. Pogner: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Prinzip ist es genau das, was die Lisa da gesagt hat, um was es auch geht, um was es auch uns geht. Es geht uns nicht darum, die Mindestsicherung in Frage zu stellen, sondern all jene, die die Mindestsicherung haben und die sie berechtigt haben, die sollen sie ja selbstverständlich bekommen. Wichtig wäre, und das ist mir auch ein persönliches Anliegen, wichtig ist es mir, dass man zum Beispiel die Debatte, wie du sie richtig angezogen hast, über die Mindestlöhne einmal angeht, dass man einmal schaut, dass man ein Einkommen zum Auskommen hat, dass die Kolleginnen und Kollegen, die in der Wirtschaft beschäftigt sind, nicht mit Modellen konfrontiert werden und da muss man ganz ehrlich sagen, da ist eben momentan ein bisschen der Wurm drinnen. Da gibt es immer mehr Beschäftigungsmodelle, die dazu veranlassen, dass die Leute eine Mindestsicherung beantragen müssen und deswegen steigt unter anderem auch der Antrag bei der Mindestsicherung, deswegen geht das in die Höhe, weil es eben Arbeitsmodelle gibt, die für uns nicht passen, weil es eben Modelle gibt, wo in der Wirtschaft vorgemacht wird, ja, passt auch, wir machen das so, du wirst zu einem geringeren Prozentsatz bei uns angestellt, den anderen Teil holen wir uns von der öffentlichen Hand und dann verdienst du dann noch schwarz dazu, das sind derzeit Modelle, die im Umlauf sind und das kann es ja wohl wirklich nicht sein. Da müssen wir schauen, dass wir die Beschäftigung, dass wir wirklich ein Einkommen schaffen und da sind wir zum Beispiel auch in Deutschland als Modell, die haben einen Mindestlohn eingeführt, die haben 8.50 Euro pro Stunde als Mindestlohn jetzt bis 2017. 8.50 Euro pro Stunde bedeutet 1.428 Euro. Wenn ich so ein Einkommen habe, dann falle ich wahrscheinlich oder zumindest mit großer Sicherheit aus dem Mindestsicherheitstopf heraus. Das heißt, ich habe dann ein Einkommen, mit dem ich mir was leisten kann,

mit dem ich weiterkomme. Und mit diesem System kann man arbeiten, Arbeit, die sich auch bezahlt macht. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, um das geht es uns hier. Es geht uns darum, dass die Leute aus dieser Armutsfalle herauskommen, dass die Mindestsicherung nicht das Ziel ist, wo wir alle hintreiben wollen und wo wir den Missbrauch kontrollieren wollen...

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Katholnig: Dann ist das eine Themenverfehlung.

GR. **Pogner:** Der Missbrauch gehört natürlich kontrolliert, das ist auch ganz klar. Das muss Hand in Hand gehen, aber wichtig ist, dass wir endlich einmal eine gescheite Debatte haben über den Mindestlohn in Österreich, dass wir eine Debatte haben, wie geht es hinauf...

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Katholnig: Was hat das mit der Mindestsicherung zu tun?

GR. **Pogner:** ...wie kriegen wir die Menschen aus dieser Mindestsicherungsfalle heraus und um das geht es uns, und das ist ein wichtiger Ansatzpunkt und da hoffe ich doch sehr, dass dieser Arbeitskries, der da eingerichtet wird, dass der zum Beispiel auch diesen Punkt aufzeigen wird und dass wir diesen Punkt dann weiterverfolgen können. Danke und ich bitte um Unterstützung (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer**: Es ist heute nicht so einfach mit den Kollegen von der ÖVP. Ich tu mir auch ein bisschen schwer, wie ich den Antrag gelesen habe, was wollt ihr mit der Situation, es ist alles undurchsichtig. Lieber Thomas, dass es undurchsichtig ist, das glaube ich dir nicht, weil genau du, wie ich und wir alle wissen, zur Mindestsicherung gibt es eine 15a-Vereinbarung, ein Gesetz und das gibt es zu vollziehen. Dass es vollzogen wird und da gibt es Richtlinien und das ist ganz klar festgelegt, ich habe heute nur das von der Arbeiterkammer, wer Mindestsicherung beantragen darf, wann alles weg ist und nichts da ist usw. Das darf ich dir zur Information geben, so kann man es gut zusammenfassen. Also es ist einmal klar, dass es gut kontrolliert wird und dass alle Möglichkeiten ausgeschöpft sind, um Sozialmissbrauch zu vermeiden, was glaubt du, wer das gesagt hat vor 14 Tagen? Dein Minister Kurz hat das gesagt zur Mindestsicherung, kann ich dir das Zitat geben und dein Pauschalvorwurf an Beamte, die die Mindestsicherung hier bei uns im Haus Graz zu vollziehen haben, dass sie nicht genau hinschauen, das kann man nicht gelten lassen. Lieber Kollege, das geht überhaupt nicht, unsere Beamten arbeiten gut und sie haben auch den Auftrag, so zu arbeiten (*Applaus KPÖ und SPÖ*). Das, was aber undurchsichtig ist, das sind die Geschichten, die über die Mindestsicherung laufen und da geht es wirklich auch mir an die Hutschnur, wenn ich Facebook-Meldungen sehe, wo einfach Falschheiten zur Mindestsicherung transportiert werden und ich denke, es liegt an uns, ganz klar zu sagen, nämlich an den Fakten, wer, was bringt es und warum gibt es die Mindestsicherung. Du hast noch die Pauschalverurteilung der Unternehmen und der ArbeitnehmerInnen drinnen, das ist wirklich ein starkes Stück, weil auf der einen Seite zu sagen, die Unternehmer hauen sich mit den Arbeitnehmer auf ein Packl, um gemeinsam einen Missbrauch der Mindestsicherung zu organisieren, das ist ein Wahnsinn, was du da sagst, das ist eine Pauschalverurteilung. Lieber Kollege, ein/zwei Sätze noch, bitte Herr Bürgermeister. Wir sind in Österreich derzeit soweit, dass ein Drittel der Beschäftigten teilzeitarbeiten muss, nicht weil sie wollen, sondern weil es

nicht anders angegeben wird und bitte der gesamte Beschäftigungszuwachs geht auf Teilzeitzuwachs, das dürfen wir nicht vergessen. Und, Kollege Pogner, wenn wir wollen, dass andere etwas tun, dann können wir es im Haus Graz sehr gut tun, du bist ja Personalvertreter. Im Haus Graz haben wir eine hohe Anzahl von Teilzeitbeschäftigten, im Magistrat alleine von 3.300 Beschäftigten 876 Teilzeitbeschäftigte, nicht miteingerechnet dort, wo Reinigungspersonal ist oder auch im Facility-Management, sprich GBG, GPS und Holding. Hier haben wir einen eigenen Auftrag, uns selbst bei der Nase zu nehmen, Teilzeit dort zu vermeiden, wo wir es können und abschließend darf ich noch sagen, ja, es gibt Forderungen, um mit dem Einkommen auch ein Auskommen zu haben, wir müssen auf diese 1,1 Millionen Menschen in der Teilzeit schauen und dass sie eine ordentliche Beschäftigung haben und dazu bringe ich gerne das Papier der Arbeiterkammer ein, dass es ein Recht gibt auf mehr Beschäftigung, wenn Überstunden gemacht werden, wenn man aus der Elternteilzeit zurückkommen usw. Also, Herr Thomas, ich glaube dass du selber sehr unglücklich bist mit diesem Antrag (*Applaus KPÖ, SPÖ und Grüne*).

GR. Mag. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kollegen, lieber Antragsteller, sehr geehrte Gäste! Ich bin dankbar für diesen sehr, sehr sachlichen Antrag, leider ist es jetzt zu einer ideologischen Debatte geworden, die Emotion haben Sie, Herr Krotzer hereingebracht, haben auch Sie, Frau Haas-Wippel, oder du, Frau Kollegin, hereingebracht und das ist schade und ich muss auch zu dem, was du da vorher gesagt hast, doch eines loswerden und zwar das, dass ich mich verwehre dagegen. Wenn man den sozialen Zusammenhalt, der auch erlebt worden ist im Zuge dieser Ereignisse, die auch beschworen worden sind vom Herrn Bürgermeister, wenn man den dann hernimmt, um bei diesem Thema einzuhaken, dann finde ich das ehrlich gesagt letztklassig (*Applaus FPÖ*). Wir sind in einer emotionalen Debatte, das ist so, das muss man akzeptieren. Ich verstehe nicht, warum man sich hier gegen Reformen in

dieser Art und Weise verwehrt. Wir erleben von Monat zu Monat, dass die Kosten steigen, dass wir nicht mehr wissen, wie wir diese Kosten auch als Stadt Graz auftreiben, wie wir zu diesem Geld kommen, ich würde sogar behaupten, die Kosten schießen bereits durch die Decke, sie explodieren und die Sozialdemokratie, zuständig im Sozialbereich auf allen Ebenen von der Stadt bis in den Bund, verweigert sich jeglicher Reform und das kann ich nicht nachvollziehen. Es geht ja nur darum, dass man sich einmal das anschaut, dass man hier auch mit Experten zusammensetzt und sich überlegt, wie kann man hier auch vernünftiger mit der Mindestsicherung umgehen und um nichts anderes geht es und deswegen sind wir natürlich selbstverständlich hier an Bord, auch bei diesem Arbeitskreis uns zu beteiligen, uns hier auch einzubringen, weil Ideen hätten wir ja genug, was wir hier machen könnten, um auch die Kosten zu reduzieren, weil schauen wir uns einmal an, und da sind wir auch beim Thema Transparenz, wer sind die Mindestsicherungsbezieher, da braucht man nur zum AMS hingehen und sich anschauen, weil dann wird man feststellen, dass das halt zu einem Gutteil auch Leute mit Migrationshintergrund sind, dass das Ausländer sind, dass das Drittstaatsangehörige sind, dass das auch Konventionsflüchtlinge sind, die man natürlich jetzt auf diese Art und Weise durchfüttern müssen. Und da muss man sich Gedanken machen, weil das ist nämlich auch von den Prognosen her der Experten eine Entwicklung, die wir uns in Zukunft nicht mehr leisten werden können. Und so ehrlich muss man zueinander auch sein, weil sonst ist nämlich in Wirklichkeit, wenn wir uns das nicht mehr leisten können, dieses soziale Sicherungssystem, dann ist in Wirklichkeit der soziale Frieden in diesem Land gefährdet und das ist unsere Verantwortung als sozial verantwortliche Politiker, auch hier hinzuschauen. Ich freue mich in jedem Fall auf diese Arbeitskreise, auf diese Expertenrunden, wir werden uns dort einbringen mit mehreren Ideen, wie man hier auch entsprechend umgehen kann mit der Mindestsicherung, auch was die Zuteilung beziehungsweise das Gewähren der Mindestsicherung auch an Leute mit Migrationshintergrund, das muss man sich anschauen, was das betrifft und auch Drittstaatsangehörige, weil die gehören meiner Meinung nach überhaupt aus diesem System ausgegliedert (*Applaus FPÖ*), das kann in

dieser Form nicht sein, da braucht es einen sogenannten Heimatbonus, das gehört diskutiert und wir werden uns in jedem Fall auf diesen Arbeitskreis vorbereiten, wir werden uns dort einbringen, danke dem Antragsteller noch einmal für diesen sehr, sehr sachlichen Antrag (*Applaus FPÖ*).

StR.ⁱⁿ **Kahr** zur Geschäftsordnung: Der Kollege Wippel vom Sozialamt wird es bestätigen können, Drittstaatsangehörige, wenn du diese Daueraufenthaltsberechtigung bekommen möchtest bei uns in Österreich, können keine Sozialhilfe..., Sie können schon, aber dann werden sie keine Daueraufenthaltsberechtigung bekommen, nur damit man das korrigiert. Jeder, der diese Daueraufenthaltsberechtigung hat, muss einen Erwerb aus einem Arbeitseinkommen haben. Nur damit wir korrekt bleiben.

GR. Mag. **Krotzer**: Ein paar Anmerkungen noch, lieber Thomas. Vielleicht hast jetzt auch gemerkt, was du für eine Tür aufgemacht hast...

Zwischenruf GR. Rajakovics: Einen wichtigen Arbeitskreis.

GR. Mag. **Krotzer**: Kollege Sippel, ich bekenne mich gerne schuldig dazu, hier die Diskussion emotional geführt zu haben, weil es für uns ein ganz ein zentrales Kernanliegen ist und im Gegensatz zu euch von der FPÖ tun wir nicht nur auf unsere Plakate soziale Heimatpartei raufschreiben, sondern für uns sind soziale Anliegen

tatsächlich etwas, was wir ernst meinen. Und dass du dir, Kollege Sippel, vielleicht mit einem monatlichen Verdienst von weit über 3.000 Euro vielleicht ein bisschen schwer vorstellen kannst, wie jemand lebt, der von 794 Euro leben muss, ist vielleicht wieder eine andere Baustelle. Weil angesprochen worden ist der Klassenkampf, den Klassenkampf von oben, den habt ihr angefangen, indem ihr auf die Untersten da irgendwie losgeht. Aber sei es, wie es sei, ich würde gerne eines annehmen, Kollege Pogner, da sind wir natürlich völlig dabei bei einer offensiven Lohnpolitik und wenn wir das mit der ÖVP gemeinsam machen können, nichts lieber als das, insofern meine Frage an dich, Kollege Pogner, ob du bereit wärst, dass man bei der Sitzung im Herbst einen gemeinsamen Antrag einbringen, wo wir fordern einen Mindestlohn von 8.50 Euro (*Applaus KPÖ*)? Dann hätte diese Diskussion doch noch auch etwas Gutes für uns. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Thomas, an dich und auch an Harry Pogner, weil du so viel gesprochen hast über Mindestlöhne. Der Kollege Krotzer hat es ein bisschen jetzt schon vorweggenommen, ja, da macht doch dazu einen Antrag, aber nicht einen Antrag, der mit Mindestlöhnen gar nichts zu tun hat, sondern einen Antrag, der unterstellt, dass Leute in einem großen Ausmaß die Mindestsicherung missbräuchlich verwenden. Bitte macht einen Antrag, können wir gerne das nächste Mal auch für euch vorbereiten, dann braucht ihr nur zuzustimmen, die Hand zu heben, wir formulieren euch gerne etwas mit 8.50 Euro Mindestlohn usw., wenn es wirklich um das ginge. Ansonsten, sage ich, ist das Thema verfehlt. Zweiter Punkt, noch einfacher, wendet euch dann halt an eure Leute im Bund für die nächste Steuerreform, dass das, was du kritisierst, dort umgesetzt wird, aber nicht jetzt auf Kosten von Leuten, die Mindestsicherung benötigen, etwas schüren, was Unterstellungen einfach beinhaltet. Dritter Punkt, auch zu dieser Pauschalverurteilung, ihr tut ja nicht nur die MindestbezieherInnen verurteilen, sondern auch die Wirtschaftstreibenden, wo ich

immer gedacht habe, das ist eure Klientel. Ihr seid, dachte ich, immer die, die für die Unternehmen sprechen, die in der Wirtschaftskammer sitzen, die die fleißigen Unternehmerinnen und Unternehmer vertreten, die dieses Land hier aufbauen usw. Gut, dann solltet ihr vielleicht mit denen einmal eine Schulung machen, dass man eben nicht mit Schwarzarbeitern und sonstigen Dingen die eigenen Unternehmensergebnisse verbessert und der letzte und, denke ich, wichtigste Punkt, dann tut bitte etwas gegen diese Working poor Situation, aber tut bitte nicht, so wie jetzt, mit so einem Antrag etwas gegen die Working poor, selber gegen die Leute, die sich, weil das Lohneinkommen so gering ist, sonst nichts mehr leisten können. Also bitte beim nächsten Mal Mindestlohnforderung, da sind wir alle dabei, dann können wir wieder einen erfreulichen, salbungsvollen, gemeinsamen Antrag machen, wo alle fröhlich die Hände heben, aber heute werdet ihr von uns, wie ihr natürlich schon gemerkt habt, keine Zustimmung bekommen und das aus gutem und auch sozialem Grund (*Applaus KPÖ, SPÖ und Grüne*).

GR.ⁱⁿ **Potzinger**: Geschätzter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir lassen uns vieles vorwerfen, aber sicher nicht soziale Kälte. Wir in Graz, in dieser einzigen europäischen Stadt der Menschenrechte, mehr noch, Stadt der Menschenwürde, wollen alle eines gemeinsam, nämlich, dass die Menschen in dieser Stadt, in diesem Land ein gutes Leben haben. Dass alle ihre Talente optimal entfalten können, um Arbeitsleistungen zu erbringen, um ihr Leben selbst zu finanzieren und die sich nicht helfen können selber, denen wollen wir helfen. Den Zynismus, was katholische Soziallehre und katholische Forschungsergebnisse betrifft, dass wir die nicht ernst nehmen, das lehne ich einmal ganz massiv ab. Selbstverständlich kennen wir diese Zahlen und Fakten, ich kann nur sagen, ich selber habe heuer im April mein 25-Jahr-Jubiläum gefeiert mit den ÖVP- Frauen. Als Frauenbewegung haben wir im April 1990 das erste Mal ein steuerfreies

Existenzminimum für jedes Familienmitglied gefordert, um die Existenz für jeden Menschen zu sichern. Nur, die Stadt Graz ist mit ihren Finanzmitteln sicher überfordert, wenn sie für immer mehr Menschen fast alleingelassen wird beim sichern dieses Existenzminimums. Ich denke vor allem an die Konventionsflüchtlinge, lieber Armin Sippel, ich lehne deine Wortwahl ab des „Durchfütterns“. Wir haben da die soziale Verantwortung und Verpflichtung für die Menschen, die um Leib und Leben gelaufen sind und hier jetzt in Sicherheit sind, allerdings kann es nicht sein, dass der Bund diese Verantwortung an die Gemeinden und die Länder überwälzt, dass wir, sobald jemand Aufenthaltsberechtigung hat, als Gemeinde, als Stadt und als Land verantwortlich sind allein zur Finanzierung der Mindestsicherung, das steht im Antrag vom Herrn Thomas drinnen, dass auch dieser Punkt ganz wesentlich ist, dass hier unsere Verantwortung nur wahrnehmbar ist, wenn wir auch die Unterstützung vom Bund bekommen. Deswegen ist es ja auch dann eine Aufgabe dieser Arbeitsgruppe gemeinsam an den Bund heranzutreten, eventuell am Petitionswege, das hier die Finanzmittel entsprechend aufgestockt werden, wenn immer mehr Konventionsflüchtlinge zu uns kommen. Und nur ein Wort, liebe Susi Bauer, hört einmal auf mit euren Geschimpfe gegen Teilzeit, sind wir doch froh, dass Menschen mit Betreuungsaufgaben, Mütter und Väter, auch die Möglichkeit haben, Erwerbsarbeit zu reduzieren, teilzuarbeiten, Zeit zu arbeiten und mehr Zeit für ihre Angehörigen zu haben.

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Katholnig: Das hat nichts mit Mindestsicherung zu tun.

GR.ⁱⁿ **Potzinger:** Wenn sie es wollen, sollen sie die Möglichkeit haben. Schaut euch die Studien an, fast alle, die Teilzeitarbeiten, sind nämlich damit zufrieden und machen das gerne. Schürt nicht nur die Unzufriedenheit, arbeiten wir gemeinsam im Sinne des sozialen Friedens an einem guten Auskommen und Einkommen für alle und arbeiten

wir konstruktiv in dieser Arbeitsgruppe, die wir deshalb installieren wollen und hoffen nun auf breite Zustimmung für diesen wunderbaren Vorschlag (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank, liebe ÖVP! Der Bürgermeister hat schon öfter eine Geschichte erzählt und wahrscheinlich kenne nicht nur ich diese Geschichte, sondern ihr habt sie alle schon gehört. Die Schülerinnen und Schüler in der dritten Klasse Volksschule kommen ins Rathaus, weil das auf ihrem Lehrplan steht und der Bürgermeister nimmt sich dankenswerter Weise oft Zeit, dass er diese Schülerinnen und Schüler auch empfängt in seinen Räumlichkeiten. Und dann zeigt er ihnen die Bürgermeisterkette und dann erklärt er den Schülerinnen und Schülern, dass es starke Glieder, große Glieder und dass es kleine Glieder, schwache Glieder gibt und dass eine Kette nur so stark wie ihre schwächsten Glieder ist und dass unsere Stadt, unsere Gesellschaft mit dieser Kette vergleichbar ist und dass es darum geht, dass die starken die schwachen halten und dass es auch klar ist, dass es genug starke braucht, damit diese Kette insgesamt hält. Der Bundesminister Hundstorfer hat in dieser Woche öffentlich kommuniziert, dass die Mindestsicherung eine der bestgeprüftesten und damit missbrauchsichersten Leistungen von ganz Österreich ist. Das ist ein Faktum. Die Mindestsicherung wird befristet gewährt und wird damit laufend überprüft und die Zahl ist heute schon einmal gefallen und ich möchte sie jetzt noch einmal sagen, wir reden von 0,4 % des Budgets auf Bundesebene. Jetzt frage ich dich, lieber Thomas Rajakovics, warum, wenn das in dieser Woche öffentlich kommuniziert worden ist, warum stellt ihr jetzt einen Antrag und warum kommuniziert ihr rund um das Thema Mindestsicherung immer das Thema Missbrauch? Warum macht ihr das? Ich kann das überhaupt nicht nachvollziehen (*Applaus KPÖ, SPÖ und Grüne*). Es geht euch schlichtweg nicht um den Missbrauch, es kann euch gar nicht um den Missbrauch gehen, weil wenn es euch um den Missbrauch der öffentlichen Hand gehen würde, um

Gottes willen, da seid ihr ja politisch wesentlich vifer, liebe ÖVP, da nehmt euch doch bitte die großen Brocken vor, wo was zu holen ist, doch nicht die Mindestsicherung, wo man von wirklich vergleichswisen Peanuts reden, da reden wir doch bitte von Steuerhinterziehung, da reden wir doch von Schwarzarbeit, wenn das euer politisches Ziel ist. Ich glaube nicht, dass das euer politisches Ziel ist, weil ich nicht glaube, dass das eure Strategie ist, weil ich glaube, dass ihr da viel zu clever und viel zu strategisch nachdenkt. Ich glaube, euch geht es darum, dass ihr nach und nach den Ruf dieser Sozialleistung runterredet, weil warum redet ihr über Missbrauch, es geht nur darum, den Ruf dieser Sozialleistung nach und nach zu schwächen und das Ansehen dieser Sozialleistung in der öffentlichen Darstellung, indem ich immer wieder sage, aber da gibt es einen Missbrauch und da gibt es einen Missbrauch. Ich diskreditiere diese Leistung und das ist das, was mich zornig macht, das ist das, was die Sozialdemokratie auf die Palme bringt, weil wir das nicht als Almosen-Politik sehen, wir sehen das als soziale Errungenschaft, die lange erarbeitet wurde (*Applaus KPÖ, SPÖ und Grüne*). Gott sei Dank in Österreich ist unser soziales Netz reißfest und ist es dick, Gott sei Dank ist es reißfest und ist es dick unser soziales Netz und damit, dass das soziale Netz so dick und so engmaschig ist, das bedeutet sozialen Frieden und das gewährleistet sozialen Frieden. Also reden wir doch bitte konkret darüber, wie wir das System verbessern können. In den Worten des Bürgermeisters, wie wir die kleinen Glieder stärken können, wie wir aus den kleinen Gliedern der Kette große Glieder machen können, damit die den anderen Halt geben können, dann reden wir konstruktiv darüber, lieber Kollege Hohensinner, und nicht über Missbrauch, das ist der Punkt. Reden wir sachlich darüber, wie wir die Situation...

Zwischenruf StR. Hohensinner: Das wollen wir machen mit dem Antrag.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Nein, das wollt ihr nicht, dann formuliert ihr doch einmal so, dann formuliert ihr doch einmal so, wie ihr die Mindestsicherung verbessern könnt, wie man die Situation der Armen verbessern können, warum formuliert ihr es dann so, dass wir euch ständig missverstehen, dann redet nicht vom Missbrauch, dann stellt einmal einen Antrag, wie man die Situation der ärmsten Bevölkerung verbessern kann, das höre ich von der ÖVP nicht, ich höre nur Missbrauch hin und Missbrauch her und, lieber Thomas Rajakovics, nimm deinen Chef doch ernst, es geht um Zusammenhalt, es geht um Solidarität und leben wir doch das, was wir am 28. Juni plakatiert haben, wir sind füreinander da (*Applaus KPÖ, SPÖ und Grüne*).

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren im Saal, auf der Zuschauergalerie! Man merkt die Emotionalität. Gemeinderat und Klubobmann Sippel hat es schon angesprochen, wir versuchen das ein wenig aus der Distanz und mit mehr Ruhe zu betrachten und, Frau Kollegin Rücker, wenn Sie erwähnen, dass halt in der ÖVP und in den Kreisen der ÖVP diese Gedankengänge, ich nenne sie sozialromantische, aufkeimen, dann macht es das Ganze um nichts besser und wird uns auch nicht in die richtige Zukunft führen. Das gilt für alle Sozialromantiker in diesem Raum und das verteilt sich fast gleichmäßig auf die verschiedenen Parteien, meine nehme ich natürlich aus.

Zwischenruf StR.ⁱⁿ Kahr: Weil ihr weit weg seid.

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Wir sind eben nicht weit weg, meine liebe Kollegin, wir sind eben nicht weit weg, sondern im Gegenteil, wir sind bei den Menschen vor Ort und draußen und hören, wo der Schuh drückt und was belastet...

Zwischenruf StR.ⁱⁿ Kahr: Ja, wir auch.

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: ...und wo eben auch ein Misstrauen da ist und dieses Misstrauen gilt eben auch dieser Verteilung, die hier in diesem Staate Österreich auf allen unterschiedlichen Ebenen stattfindet und genau dieses Thema wurde aufgegriffen vom Thomas Rajakovics, eines von vielen Themen, und wird heute hier behandelt und wird in eine Richtung geführt, wo man sich zusammensetzt und darüber diskutiert und da sind ja, wie ich richtig interpretieren darf, alle eingeladen, hier mitzuwirken und ihre Ideen einzubringen und ich glaube, das ist auch der richtige Weg. Und, Herr Kollege Wohlfahrt, ich bin komplett bei Ihnen, wenn Sie einen Antrag einbringen über einen Missbrauch, über Schwarzarbeit, über Beschäftigungen von Unternehmen, die in der Steiermark sitzen und Subfirmen in der Slowakei oder so aufmachen und dann Dumpingpreise machen, bin ich sofort bei Ihnen, wenn Sie einen Antrag stellen und ich bin überzeugt, dass die freiheitliche Fraktion sofort mitgehen würde. Das heißt ja nicht, dass wir uns anderer Dinge verwehren oder sagen, nur hier gibt es einen Missbrauch oder nur hier gibt es Fehlentwicklungen. Aber es ist halt ein Thema gewesen, das herausgegriffen worden ist und daher sehe ich das als sehr zielführend an und auch diese berühmte Transparenzdatenbank, die ja auch in Graz entwickelt worden ist vom Joanneum Research, wie ich glaube, ist etwas, was seit Jahren da wäre, seit Jahren hier ist, aber nie zur Umsetzung gebracht worden ist und es ist legitim und es ist legitim für die Steuerzahler und vor allem für die

österreichischen Steuerzahler zu wissen, wohin ihr Geld fließt, wohin und wofür ihre Steuermittel verwendet werden und das ist legitim, Dinge zu hinterfragen. Es ist legitim heute hier zu sagen, passt das alles, ist das richtig, wird es richtig verwendet, bekommen es die richtigen Menschen, bekommen es die richtigen Leute? Und ja, wir gehen Entwicklungen entgegen, wo wir uns das alles nicht leisten können, wir haben die Woche Diskussionen gehabt, Herr Bürgermeister, Herr Stadtrat Rüschi und ich, wie schaffen wir denn alle unsere Aufgaben, die wir und Sie auch mittragen beziehungsweise hier beschließen? Straßenbahnausbauten und, und, und, wenn wir nicht auf der anderen Seite schauen, wo wir Gelder ausgabenseitig reduzieren können und infrastrukturell Aufgaben unseren Kernaufgaben zuführen. Mir kommt sehr oft vor, dass wir in diesem Raum immer über atmosphärische Themenstellungen diskutieren, groß philosophisch, natürlich auch von der linken Seite immer alle anderen belächelt werden, die das anders sehen, Demokratie besteht einmal durch Unterschiedlichkeit und auch durch Unterschiedlichkeit von Zugängen zu Themenstellungen. Wir sehen es eben anders als Sie, die ÖVP in dem Fall sieht es auch anders als Sie und deswegen wird es heute eine Mehrheit geben dafür und darüber bin ich froh und ich gratuliere zu diesem Antrag (Applaus FPÖ).

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Der Antrag vom Thomas Rajakovics, dem niemand unterstellen sollte in diesem Gemeinderat, dass er nicht seit vielen, vielen Jahren, um nicht zu sagen seit Jahrzehnten, auch dafür kämpft, dass die Ärmsten in unserer Gesellschaft auch Unterschlupf finden, dass sie auch genügend zum Leben haben, hat einen Antrag gestellt, in den unglaublich schnell und reflexartig jetzt auf einmal alles Mögliche hineininterpretiert worden ist. Noch einmal, ich möchte wirklich darauf hinweisen, dass ihr den Gemeinderatsantrag auch noch einmal lest, er hat gesagt, Ursachen für die Steigerung gibt es zahlreiche, da fängt er auf der zweiten Seite an und noch einmal, er hat dann darunter, weil meine Stellvertreterin jetzt gesagt hat, er möge sich mit mir da absprechen, er hat genau noch einmal hineingeschrieben, diese möge bis Dezember einen Bericht zur Situation der Mindestsicherung vorlegen sowie Vorschläge zu einer

Verbesserung der Situation erarbeiten. Und weil die Kollegin Susanne Bauer mich daran erinnert hat, dass ich auch im Finanzausgleichsteam schon vor Jahren mit dabei war, möchte ich Ihnen, und jetzt auch wieder nominiert worden bin, möchte ich aber vielleicht schon einmal noch das auch berichten, was damals nämlich passiert ist und da saßen, wenn ich so sagen darf, alle Fraktionen über die ganze Republik verteilt am Tisch und haben gesagt, kurz vor Wahlen, wir führen die Mindestsicherung ein. In all den Beratungen, die wir dort hatten, kurz vor Wahlen damals, haben wir, vor der Nationalratswahl wurde das eingeführt und es gab damals eine unglaubliche Debatte auch im Städtebund und im Finanzausgleichsverhandlungsteam, wie wird sich das in der Republik Österreich auswirken? Und keiner hat Zahlen nennen können. Wir haben ein Gesetz beschlossen, von dem niemand wusste, was es uns tatsächlich kosten wird, wie wir das schaffen können und ich kann mich erinnern, es war gerade die sozialdemokratische Finanzstadträtin von Wien, die Kollegin Brauner, die gesagt hat, ich weiß überhaupt nicht, was das für Auswirkungen haben wird. Mittlerweile, glaube ich, hat sie über 160.000 Mindestbezieherinnen alleine in Wien und wir haben damals gesagt, wenn es in Wien, so habe ich es noch in Erinnerung, eine Summe von 50 Millionen Euro für die Stadt Wien überschreiten sollten, dann wird der Finanzausgleich auch noch einmal aufgemacht, weil man einfach einmal ein Lösungsmodell umsetzen wollte. Und jetzt möchte ich auch was zum Missbrauch sagen und zur christlichen Soziallehre, weil das ist mir wichtig.

Zwischenruf StR.ⁱⁿ Rücker: Sozialakademie habe ich gesagt.

Bgm. Mag. **Nagl**: ...und die Ergebnisse der Sozialakademie. Wir schauen uns diese Geschichten an, aber wir sind auch dort, wo man, wenn ich so sagen darf, am

Stammtisch, in Freundesrunden, bei Diskussion sind und da hören wir mittlerweile viele Dinge und es mag überraschen, dass gerade die Volkspartei den Missbrauch auch von Unternehmern anprangert, aber wir tun das. Und wenn ich, und ich habe jetzt zwei Beispiele, wenn ich mit jungen Leuten am Tisch sitze und sie mir erklären, dass sie alle in der Gastronomie einen Job jetzt bekommen haben und bei diesem Job ging es erstens einmal, auch vom Arbeitgeber, darum, dass sie eine gewisse Grenze von 700 Euro oder was nicht überschreiten sollen, weil dann können sie ja, und so wird argumentiert, weiterhin noch die Wohnungsbeihilfe beziehen und ein bisschen was wird dann schwarz gemacht. Noch einmal, es geht nicht um die Mindestsicherung, es geht gerade darum, wenn wir so tun, dass es keinen Missbrauch gäbe. Es kann ihn auch bei der Mindestsicherung geben. Ein zweiter Fall, der bezieht sich auf die Mindestsicherung, wenn eine Kindergärtnerin zu mir kommt, und das haben wir, Gott sei Dank, jetzt mit der neuen Finanzgeschichte jetzt gelöst auf Bundesebene, wenn sie zu mir kommt und sagt, ich habe 20 Stunden, ich möchte arbeiten, ich bin Alleinverdienerin, ich habe ein kleines Kind und ich möchte mehr tun und es raten ihr alle davon ab, weil wenn sie um zehn Stunden erhöht, weil sie damals von der Lohnsteuer her, genau hineingefallen, dass sie für mehr Arbeit weniger kriegt, haben ihr alle empfohlen, nehmen sie die Mindestsicherung an. Das wollte sie nicht, wer mir das nicht glaubt, kann zu mir kommen, kann ich auch mit der betreffenden Person gerne einmal zusammenbringen. Das haben wir schon weggebracht und der Thomas Rajakovics möchte jetzt eine Diskussion haben, die wir bitte zurückhinauf verfolgen müssen wieder bis in den Bund, weil wir diese jährlichen und in zehn Jahren fast um 100 % mehr Sozialbereichsausgaben irgendwie einmal uns neu anschauen müssen, um vielleicht auch von unserer Seite wieder was ableiten müssen, was wir zurückhinauf sagen. Wir nehmen es einfach hin, dass der Bund die Länder und Gemeinden, wenn ich so sagen darf, in eine Situation versetzt hat, die wir nicht mehr schaffen. Wenn wir jedes Jahr, und die Kollegin Martina Schröck hat ja auch bei der Budgeterstellung, da gab es nie einen Angriff jetzt in Richtung Sozialressort und auch den dazugehörigen Personen, die haben gesagt, wir wissen auch noch nicht, wieviel es im nächsten Jahr

sein wird, wir haben Schätzungen, wir sind jetzt wieder drüber über den Schätzungen, wir haben Budgetziffern genommen, die eher vorsichtig waren, wenn nicht zu vorsichtig, aber es wird wieder mehr und der Sozialbereich wächst in einem Ausmaß, wo man sich einfach unterhalten sollte und das war die Bitte des Thomas Rajakovics, dass wir über das reden, weil ich glaube, da kommt auf uns noch etwas Gewaltiges zu und ich habe, das habe ich mir noch aufgeschrieben, und das geht in erster Linie darum, dass man sie in FAG tun und das man mehr Transparenz einfordern wollen. Wenn die Sozialdemokratie sagt, es ist genug an Transparenz, dann liegt das vielleicht auch daran, weil ihr über alle Ebenen, wie es gesagt wurde, über die Sozialdaten Bescheid wisst, aber es kann doch nicht so sein, dass man sich einer Diskussion verweigert, wie wir mit dem umgehen und er hat nichts anderes geschrieben. Der ganze Sozialmissbrauch, der da jetzt ausschließlich diskutiert worden ist, um den geht es dem Thomas nicht und uns auch nicht, sondern es geht eben darum, eine Gesamtsituation, die aus dem Ruder läuft, vor allem auch finanztechnisch, wir geben es gerne her plus alle Transferzahlungen, die es gibt, da sind gar nicht unsere städtischen, da geht es bis zur Wohnungsbeihilfe etc. das wird heute alles schon einkalkuliert. Und gerade die katholische Soziallehre sagt, Solidarität ja, aber Subsidiarität bitte auch und Subsidiarität heißt, dass auch ein Unternehmen nicht anfangen darf, die öffentlichen Töpfe miteinzukalkulieren in seine Überlegungen. Ob das die Dinge sind mit Halbjahr nur anmelden bis hin zu den Dingen, die ich geschildert habe, da gibt es viel und dort soll man hinschauen und da gehen wir nicht auf die Ärmsten der Armen los, sondern da gehen wir auch auf jene los, die sich einfach fast schon, sage ich jetzt einmal, heutzutage standardgemäß auch dem widmen, was wo abzuholen ist. Ich glaube, dass wir in dem Land sowieso schon viel zuviel Förderitis eingeführt haben auf allen Ebenen und dass man da auch mittlerweile Apparate finanzieren, dass immer weniger Geld dort ankommt, wo es wirklich gebraucht wird. Und da können wir vielleicht einmal in Ruhe dann debattieren, dann müssen wir da nicht so aufeinander im Gemeinderat losgehen (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Ich möchte eine Richtigstellung machen. Es ist nicht so, dass wir im Herbst das nicht gewusst hätten, dass die Zahlen in der Mindestsicherung ansteigen, es ist sogar jedes Jahr bei der Budgeterstellung so, dass wir, Gernot Wippel und ich, gemeinsam darauf hinweisen, dass wir mehr Geld brauchen werden, dass dann aber immer von der ÖVP kommt, wir setzen es niedriger an, weil ihr habt ohnedies das Recht auf den Nachtragskredit. Dass jetzt dieser Nachtragskredit wieder politisch so diskutiert wird, finde ich unfair (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Noch einmal, ich habe genau das gesagt, er ist nur schon wieder höher als er auch zum Zeitpunkt des Budgets besprochen wurde. Also er ist noch einmal drüber hinausgegangen und es geht ja gar nicht nur um die Mindestsicherung, es geht um den gesamten Sozialbereich, da wachsen uns seit Jahren die Kosten davon und wir werden alleingelassen. Noch einmal, dem Bund ist es gelungen, dass Länder und Gemeinden, wenn ich so sagen darf, an den Rand der Finanzierungsmöglichkeiten kommen mit ihren Budgets.

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Ich muss noch etwas berichtigen, weil es hat offensichtlich doch niemand gelesen. Die Soziallehre ist die eine Geschichte und Herwig Büchele, den wir ja alle kennen aus dieser Geschichte, hat dann eine katholische Sozialakademie gegründet. Diese Akademie beschäftigt SozialwissenschaftlerInnen, ÖkonomInnen usw. und die schreiben seit Jahren sehr spannende Schriften und erklären uns seit Jahren, dass, was ich glaube, was bei deiner Arbeitsgruppe letztendlich auch wieder herauskommen wird, dass das Wirtschaftssystem, so wie es jetzt läuft, in die falsche Richtung geht.

Dass das Steuersystem, so wie es jetzt läuft, in die falsche Richtung geht und wenn ihr oder ihr gemeinsam, bevor ihr in die Steuerreform gegangen wähet, das gelesen hättet, dann hätten wir heute diese Debatte nicht, dann hätten wir eine Umsteuerung, die es möglich machen würde, dass mehr Menschen von dem, was sie verdienen, leben können und damit auch mehr Steuern wieder zurückfließen, mit denen wir uns diese soziale Sicherung auch leisten können. Das mit dem Auseinanderklaffen, dass wir eben immer weniger Leute haben, die letztendlich über Lohnsteuer das ganze Sozialsystem mittragen und auf der anderen Seite Steuerflucht und Steuererwirtschaftung am Staatssystem vorbei immer mehr möglich wird, das macht es möglich, dass wir inzwischen Sozialtöpfe haben, die uns explodieren, das bestreitet ja niemand, dass wir immer mehr Leistungen da herausholen. Aber glauben Sie mir wirklich, die Leute würden viel lieber für das Geld auch arbeiten, für das sie da beziehen und das sollte auf einer anderen Grundlage passieren und das wollte ich nur einmal klarstellen, es ist eben das, worum wir uns Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler genau aus dem Bereich jahrelang sehr inhaltlich und sehr gut bestücken und ich würde da einfach nur empfehlen nachzulesen (*Applaus Grüne*).

GR. **Rajakovics**: Danke für die vielen Beiträge, die, nehme ich an, ja auch im Arbeitskreis dann noch einmal etwas genauer und intensiver diskutiert werden können. Das Letzte fordert mich aber heraus, doch etwas zu sagen. Es gibt ja mehrere, die aufgrund der Soziallehre, der christlichen sich Gedanken machen, unter anderem auch das Kummer-Institut, und dort ist in der Diskussion über die Mindestsicherung von einem Fehler gesprochen worden. Da ist gesagt worden, es sollte eine leistungsbezogene Grundsicherung geben, weil jeder Mensch das Recht hat, etwas beizutragen und dafür auch entsprechendes Entgelt zu bekommen. Man hat es dann verkehrt aufgezümt und hat gesagt, na dann geben wir doch lieber das Geld, weil bevor wir jetzt die Gemeinden oder Kammern, oder wer immer dafür zuständig gemacht wird, zu

schauen, dass man Beschäftigung schaffen auch auf einem zweiten, allenfalls über dritten Arbeitsmarkt, wenn es um Kranke geht, da war ganz an führender Stelle die Gewerkschaft dagegen und ist es bis heute. Weil dieser ganze zweite Arbeitsmarkt hat einen großen Feind und der heißt Gewerkschaftsbund. Da haben wir oft schon diskutiert auch in der Arbeiterkammer, wenn es darum geht, einen zweiten Arbeitsmarkt, da gibt es zwar noch die sozioökonomischen Betriebe, die zum Teil gefördert werden, wenn es zumindest bei euch in der Nähe angesiedelt sind, aber grundsätzlich ist die Gewerkschaft massiv dagegen gewesen, dass wir eine leistungsbezogene Grundsicherung machen, sondern war lieber für eine Mindestsicherung, dass die Leute das bekommen, aber dass man nicht aus Angst, da kommen jetzt irgendwo billige Arbeitskräfte auf den Arbeitsmarkt, die quasi die Städte dann selbst einsetzen dürfen. Also die Idee, dass es von der Nachhilfe bis zum Wagerlschieben im Seniorenheim, was halt Tätigkeiten sind, die gebraucht würden und zwar sehr dringend gebraucht würden, dass man solche Dinge auch einsetzt, um die Gemeinschaft zu stärken, die letztlich, wie man das Beispiel schon öfter gehabt haben, in dieser Menschenpyramide, die an jedem hängt und auch die Kette, die die Frau Vizebürgermeisterin apostrophiert hat, natürlich geht es um Zusammenhalt und dass jeder etwas beitragen kann. Die Mindestsicherung ist ein Vehikel für soziale Gerechtigkeit, aber für Gerechtigkeit im Bereich des Beitragens, des gemeinschaftlichen ist sie kein gutes Vehikel. Da hätten wir einige Beispiele, wobei ich das schon, trotz allem, interessant finde, dass wir gleich die Beispiele und die Forderungen zur Mindestsicherung auf den Tisch legen sollen. Es gibt ja letztlich drei Zuständigkeitsebenen, die drei Zuständigkeitsebenen sind halt einmal in Händen der Sozialdemokratie und deshalb habe ich auch einen Arbeitskreis eingefordert, weil warum sollen wir jetzt da Arbeitskreise einsetzen, wo es eine Zuständigkeit auch gibt. Wobei ich bin überzeugt davon, und das habe ich aus den Wortmeldungen ja herausgehört, ich bin überzeugt davon, dass es da große Bereitschaft gibt mitzuarbeiten und letztlich eben Forderungen beziehungsweise Vorschläge zu machen und durchaus Kritik, und die kann auch berechtigt sein, wir wissen alle, dass es in der

Bundespolitik nicht immer genau das spielt, was wir uns vorstellen, das geht den Grünen so, das geht der Sozialdemokratie, den Freiheitlichen, geht auch uns so, dass wir Vorschläge haben, die sehr sinnvoll erscheinen, von Experten untermauert werden und trotzdem entscheidet der Bund aus verschiedenen Erwägungen anders. Daher kann man es aufzeigen und trotzdem auf den Missbrauch hinweisen und ich habe niemand generalverdächtigt, ich habe Beispiele neutral aufgezeigt, bewusst nicht jetzt Fallbeispiele herausgezogen, die es natürlich gibt, sondern mich bemüht, das sehr allgemein darzustellen, um möglich viel offenzulassen, was in dem Arbeitskreis diskutiert werden kann, um letztlich in irgendeiner Form Vorschläge zu erarbeiten, die eine soziale Absicherung auch in Zukunft möglich machen. Weil was passiert, wenn wir es nicht machen, das kriegen wir jetzt jeden Tag live präsentiert. Wenn ich sage, ein System, das ständig nur hineinbuttert und wo sich alle bedienen, das ist letztlich der Staatsbankrott und der Herr... sitzt jeden Tag dort, weil in Wirklichkeit, bei den Steuern hat man es nicht eingenommen, jeder hat sich bedient, die Beamten hat man verdoppelt, man verteilt, verteilt, verteilt und am Ende ist man pleite und um dem entgegenzuwirken und Spielräume offenzuhalten, dafür bedarf es einer Arbeitsgruppe und nicht mehr und nicht weniger ist in diesem Antrag gefordert und dieser Antrag in der Form wird ja durchgehen und deshalb freue ich mich auf die Diskussionen, die in dieser Arbeitsgruppe stattfinden werden (Applaus ÖVP).

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Piratenpartei) angenommen.

**3) Strafen bei Verstößen gegen die Erhaltungspflicht geschützter Gebäude,
Erarbeitung eines Katasters für schutzwürdige Bauwerke und Flächen**

GR. Mag. **Fabisch** stellt namens KPÖ und Piratenpartei folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Fabisch**: Lieber Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren! In diesem Antrag geht es um Strafen bei Verstößen gegen die Erhaltungspflicht geschützter Gebäude und zweitens um die Erarbeitung eines Katasters für schutzwürdige Bauwerke und Flächen. Das Girardi-Haus in der Leonhardstraße ist trauriges Beispiel dafür, dass das Steiermärkische Baugesetz offenbar nicht ausreicht, um ein Haus vor dem Verfall zu schützen.

Instandhaltungsaufträge vermögen zwar den Verfall zu verlangsamen, verfügt der Eigentümer aber über ausreichend Geduld und lässt das Objekt noch dazu leer stehen, wird es letztendlich wohl einen Zustand erreichen, wo der Abbruch mangels Wirtschaftlichkeit einer Sanierung bewilligt werden muss (*Der Bürgermeister läutet mit der Ordnungsglocke*). Dankeschön, Herr Bürgermeister.

Das Steiermärkische Baugesetz sieht in seinen Strafbestimmungen Sanktionen gegen Verstöße gegen seine Regelungen vor. Nicht jedoch bei Verstößen gegen die im Gesetz normierte Pflicht des Eigentümers, sein Bauwerk zu erhalten. Der derzeit im Gesetz vorgeschriebene Strafraum beträgt 363 bis 14.535 Euro. Um in den Altstadtzonen liegende und denkmalgeschützte Objekte noch mehr zu schützen, soll für diese Bauwerke bei Verstößen gegen die Erhaltungspflicht hinkünftig ebenfalls Strafen vorgesehen werden. Der Strafraum des Steiermärkischen Baugesetzes für derlei Verstöße soll empfindlich höher als der derzeit gültige sein. Solche Strafen sind geeignet, Eigentümer noch mehr zum Erhalt ihrer Häuser zu verpflichten. Das ist das eine, der zweite Inhalt meines, unseres dringlichen Antrages, da geht es um die Erarbeitung eines Katasters.

Aber auch immer mehr historische Gebäude, die weder in der Altstadtzone liegen noch denkmalgeschützt sind, werden abgerissen. Der Unmut der Grazerinnen

und Grazer darüber wächst zusehends. Die Möglichkeiten für die Erarbeitung eines Katasters für schutzwürdige Grazer Bau- und Flächensubstanz und die dafür notwendigen Kriterien auszuloten, wurde bereits in einem dringlichen Antrag der ÖVP im Jahre 2010 gefordert und einstimmig beschlossen. Es ist einer dieser legendären Jahrhundertanträge vom Herrn Kollegen Topf, kannst dich noch erinnern, ein halbes Jahrzehnt her. Inhaltlich eine Meisterleistung, sprachlich eine Herausforderung. Drei Sätze reichen für eine ganze Seite, das liest man sicher zwei/drei Mal, bis man es versteht. Aber das wird nicht der Grund sein, warum dieser von uns allen einstimmig angenommene Antrag noch nicht durchgesetzt wurde, noch nicht erarbeitet wurde. Daher stelle ich namens der KPÖ und meines Kollegen Pacanda folgenden

dringlichen Antrag:

1. Der Gemeinderat möge im Petitionswege an den Landesgesetzgeber herantreten mit der Forderung, dass der Tatbestand der Vernachlässigung der Erhaltungspflicht des Eigentümers eines denkmalgeschützten oder in der Altstadtzone liegenden Objektes in die Strafbestimmungen des Steiermärkischen Baugesetzes aufgenommen wird. Gleichzeitig soll dafür auch der Strafraum erhöht werden bis zu 50.000 Euro.
2. Der Gemeinderat möge die Stadtbaudirektion beauftragen, seinen Beschluss vom 21.10.2010 bis längstens 31.12.2015 umzusetzen.

Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

Stadtrat Hohensinner, MBA übernimmt um 16.30 Uhr den Vorsitz.

GR. **Dreisiebner** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, lieber Kurt, lieber Antragsteller, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Damen und Herren auf der Tribüne! Grundsätzlich sind wir dem Kollegen Mag. Fabisch sehr dankbar für den Antrag, der stößt ins richtige Horn, es geht in die richtige Richtung. Wir sehen in der einen oder anderen Frage allerdings gewisse Probleme. Das eine ist, dass man im Bereich der Petition an das Land Steiermark zwar in Bezug auf die Höchstaussätze, die Höchststrafzahlen einen Vorstoß versucht und damit den Landesgesetzgeber auffordert, das anzuschauen und nach oben zu verändern. Die Erfahrung lehrt aber, dass es in den einzelnen Strafverfahren niemals mit höchsten oder hohen Strafsätzen beginnt, sondern eigentlich der untere Satz, und der liegt ja bei 363 Euro oder dort in der Nähe, beginnt. Dann sind diverse Verfahrensschritte, Parteiengehör etc. abzuwarten und dann kann man allfällig bei Nichtbehebung des Missstandes, des Strafbestandes kann man eine weitere höhere Summe machen. Gelernte Beobachter der ganze Szene sehen dann am Ende, wenn es eng wird, dann wird unter Umständen der Adressat, sprich die Gesellschaft, die Eigentümer, Investorengesellschaft umgegründet oder auch eine Geschäftsführerin/ein Geschäftsführer getauscht und man beginnt das Verfahren wieder von vorne, sprich mit niedrigeren Sätzen. So gesehen zum Beispiel auch im Uni-Viertel und Ähnlichem mehr. Mitglieder des damaligen Berufungsausschusses werden das auch zum Teil wissen. Das ist die eine Sache und dahingehend wollen wir eine Abänderung zu dem Antrag. Die andere Sache ist das ausschließliche Bemühen oder der im Sinne einer Petition an den Landesgesetzgeber ist wichtig und richtig, es braucht aber Aktivität der Stadt Graz. Deswegen auch ein zweiter Punkt, den wir dazu einbringen wollen. Im Abänderungspunkt wäre das dann Punkt 3, dass nämlich für die Bau- und Anlagenbehörde, die zentral zuständig ist in dieser Sache, die verantwortliche Stadträtin Elke Kahr aufgefordert wird, umgehend einen Runden Tisch mit Bundesdenkmalamt, mit der ab nächster Woche neu besetzten Altstadtsachverständigenkommission sowie mit Stadtbaudirektion, Stadtplanungsamt, natürlich der Bau- und Anlagenbehörde einzuberufen, um eine optimale gemeinsame

Vorgangsweise der genannten Institutionen und unserer städtischen Abteilungen zur Rettung des aktuell bedrohten Girardi-Hauses zu koordinieren. Die von der Arbeitsgruppe erarbeiteten Maßnahmenbündel zur Erhaltung des Girardi-Hauses für die zukünftigen Generationen sind in der Folge in der Verantwortung von Stadträtin Elke Kahr dem Eigentümer in geeigneter Form zu kommunizieren und in Umsetzung zu bringen. Das wäre im Sinne der Abänderung der neue Punkt 3 und der Vollständigkeit halber noch der Punkt 1, wo wir auf diese Untergrenzen abzielen, hier soll neben dem Vorschlag von Andreas Fabisch, die Obergrenze anzuheben, auch die vorliegende derzeit gültige Untergrenze von 363 Euro vom Landesgesetzgeber geprüft und allfällig angepasst, sprich erhöht, werden. Ich ersuche um Annahme des Abänderungsantrages, bei Punkt 2 sind wir der Meinung vom Kollegen der KPÖ und Mag. Fabisch. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. **Mogel:** Werter Stadtsenat, hoher Gemeinderat, liebe Zuhörer! Als Sie, Frau Stadträtin Kahr, das bei der letzten Gemeinderatssitzung angekündigt haben, in dieser Sache aktiv zu werden, haben wir uns durchaus gefreut. Die Freude ist beim genauen Durchsehen des Antrages dann aber leider nicht ganz unerwartet einer Ernüchterung gewichen. Der KPÖ ist es einmal mehr gelungen, nicht die dunkelrote Brille abzulegen. Vorweg einmal ganz kurz am Anfang der Anlassfall dieses Antrages, wir als Gemeinderatsklub der FPÖ bekennen uns natürlich zum Erhalt des Geburtshauses von Alexander Girardi, allerdings mit tauglichen Mitteln. Die hier in diesem Antrag geforderten Mittel sind wenig bis gar nicht zielführend. Ich möchte das ganz kurz erläutern. Betrachten wir die Realität am Grazer Immobilienmarkt. Zahlreiche Immobilien im Altbestand befinden sich teilweise seit mehreren Generationen immer noch im Privatbesitz. Die Immobilien unterliegen dem Mietrechtsgesetz wegen großteils einer restriktiven Mietpreisbindung. Ebenso ist in dieser Gesetzesmaterie das Eintrittsrecht von Angehörigen in sogenannten Altmietverträgen geregelt. Das führt in etlichen Fällen dazu, dass oft Wohnungen mittlerweile in dritter und vierter Generation zu sogenannten bestenfalls zeitgemäß indexierten Kriegszins wohnten. Ich kann Ihnen Mietzinslisten zeigen, wo auch Sie erkennen werden, dass mit derartigen Erträgen ein

Wohnhaus nicht zu bewirtschaften und schon gar nicht aufwändig zu renovieren ist. Dass Handwerker mittlerweile teurer sind als im frühen 20. Jahrhundert wird wohl auch sonst niemandem mehr entgangen sein. Ich weiß schon, dem kann der Hauseigentümer durch das sogenannte §-18-Verfahren begegnen und bei der Schlichtungsstelle eine vorübergehende Anhebung des Mietpreises auf ein adäquates aber immer noch mäßiges Niveau begehren, um die Liegenschaft entsprechend instandsetzen zu können. Allerdings wird dazu eine Finanzierungszusage einer Bank oder eines Kreditinstitutes benötigt. Dies ist gegenwärtig, vor allem bei einem knappen Finanzierungsspiel, sehr, sehr schwierig. Fragen Sie bei der Schlichtungsstelle oder bei Immobilienexperten nach. Ausgehend von einzelnen Spekulanten, auf das wird es ja wohl hinauszielen, nehme ich an, der Antrag, sollen nun auch jene redlichen Hausbesitzer, die ihre Liegenschaften mit geringen Mitteln bestenfalls sedimentär instandhalten können, der Gefahr einer Bestrafung ausgesetzt werden. Für genau dieses Klientel fehlt bei diesem Antrag ein Anreizmodell. Die angeregten Strafen zahlt ein wirklicher Immobilienspekulant, der eine Immobilie in bester Wohnlage absichtlich leerstehen und verfallen lässt, aus der Portokasse. Dem Antrag fehlt einfach die Treffsicherheit. Eine tatsächliche Lösung könnte in der Vereinfachung aller rechtlichen Bestimmungen über behördliche und richterliche Ersatzvornahmen liegen und das ist der eigentliche springende Punkt. Die zuständige Behörde würde demnach mittels Bescheid oder mittels rechtlicher Entscheidung notfalls auch gegen den Willen des Eigentümers die notwendige Erhaltungsarbeiten durchführen lassen, im Gegenzug wäre eine vorzugspfandrechtl. grundbücherliche Sicherstellung über die Kosten zugunsten der Behörde oder in dem Fall auch des Steuerzahlers vorzunehmen. Mittels zivilrechtlicher Klagsführung wäre der Eigentümer sodann dazu angehalten, aus der Liegenschaft Gewinne, vermutlich in erster Linie durch Vermietung, zu erzielen und den grundbücherlich sichergestellten Schuldendienst zu bedienen. Andernfalls könnte die Behörde abermals eine Ersatzvornahme tätigen und die Immobilie in einen rentablen Zustand versetzen, sprich einer Vermietung, zuzuführen. Erst nach vollständiger Tilgung der hierfür entstandenen Kosten könnte der Eigentümer die...

StR. Hohensinner, MBA: *Schön langsam zum Abschluss kommen.*

GR. **Mogel:** Bin gleich fertig. ...Sicherstellung tilgen lassen und über diese Liegenschaft wieder frei verfügen. Das wäre eine Maßnahme, die zielsicher jene Spekulanten trifft, die eine Immobilie absichtlich dem Verfall preisgeben wollen. Man trifft sie nicht beim Geld, von dem haben sie wahrscheinlich genug, diese Maßnahmen trifft sie genau dort, wo es wahrscheinlich weh tut und zwar bei der freien Verfügbarkeit der Immobilie und das möglicherweise über viele Jahre hinweg. Die entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen gibt es bereits, sie müssen ausgewählt und vereinfacht werden und den Behörden zur tatsächlichen Verwendung zur Verfügung gestellt werden. Kurz zusammengefasst noch einmal, Hilfestellung für jene, die sich redlich bemühen und wirksame eigentumsrechtliche Eingriffe für mutwillige Spekulanten. Zu diesem Antrag in diesem Fall in dieser Situation, so wie er jetzt gestellt ist, geben wir keine Zustimmung. Wir kündigen aber gleich, das möchten wir gleich auch hier machen, für den Herbst eine dazu entsprechende Initiative an (*Applaus FPÖ*).

GR. Ing. **Topf:** Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Zuerst einmal danke, Andreas, für deine lobenden Worte, auch möglicherweise, wenn sie damals nicht verstanden wurden, wie du gemeint hast, ich denke schon, dass es verstanden wurde. Letztendlich denke ich, dass dieser Antrag, der gestellt wurde vielleicht, sage ich jetzt etwas frech möglicherweise, nicht den

richtigen Zug in die Stadtbaudirektion gefunden hat möglicherweise, darf ich auch den zuständigen Stadtsenatsreferenten, nämlich den Herrn Bürgermeister, ersuchen allenfalls diesen seinerzeitig gestellten Antrag noch einmal sozusagen die Dringlichkeit aus seiner politischen Verantwortung heraus, wenn ich das so anmerken darf, zu ziehen. Das heißt, dieser Antrag, glaube ich, was den Schutzkataster betrifft und das ist ja in beiden Anträgen sowohl vom Karl Dreisiebner als auch von dir, lieber Andreas, ja in dem Punkt 2 noch einmal manifestiert worden, dass man tatsächlich diesen seinerzeitigen Antrag, vielleicht etwas einfacher formuliert, möglicherweise doch noch einmal aufgreifen sollte und tatsächlich diesen Kataster, der ja eigentlich, wenn ich gut informiert bin, in wesentlichen Zügen vorliegt. Kollege Laukart hat ja in seiner professionellen Tätigkeit, sage ich, und seinem Engagement ja durchaus schon eine große Sammlung von diesen schutzwürdigen Gebäuden außerhalb des Bereiches des Denkmalschutzes oder auch der Schutzzonen, wo die ASVK zuständig wäre, ja gemacht. Das heißt, dieses Material liegt ja eigentlich schon vor und man sollte tatsächlich sozusagen diese Unterlage oder diese Unterlagen auch tatsächlich sozusagen als Handlungsanweisung oder als Grundlage für zukünftige Handlungen heranziehen. Wir sind allerdings deshalb auch gegen die Dringlichkeit dieses Antrages, weil wir glauben, dass Strafen, also diese Anhebung einer Höchststrafe, nicht zielführend sein wird. Ich glaube, dass in beiden Anträgen durchaus gute Elemente vorhanden sind. Letztendlich der Fall, den wir heute sozusagen als Anlass genommen haben, nämlich das Girardi-Haus, da möchte ich schon meinen, dass man dem Bauwerber dort oder den Konsensantragsteller durchaus nicht unterstellen darf, dass er sein Haus verfallen lässt. Also ich denke, dass bestimmte Maßnahmen, die er setzt, ja durchaus in der Lage sind, das Haus zu erhalten. Letztendlich haben wir die ... auf einer ganz anderen Ebene nämlich, dass wir auf der einen Seite ein Gutachten der ASVK haben, die sagt, ok, das Haus könnte abgebrochen werden und andererseits haben wir sozusagen in einer anderen Rechtsmaterie ein Gutachten des Bundesdenkmalamtes, das sagt, das Haus wäre zu erhalten. Das heißt, wir haben da eigentlich einen Fall, der in einer Arbeitsgruppe möglicherweise mit der Behörde und auch mit der zuständigen

Referentin zu diskutieren wäre. Das wäre der richtige Ansatz in diesem speziellen Fall und das hast du, Karl, mit deinem Punkt 3 zum Ausdruck gebracht, aber gegen die Dringlichkeit des Antrages insgesamt sind wir (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 16.45 Uhr den Vorsitz.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich übernehme wieder den Vorsitz. Kaum gibt es bei uns eine leicht theologische Debatte, ist die Theologin und Kollegin aus der letzten Periode, Christina Jahn auch schon gekommen. Ich begrüße sie mit ihrem kleinen Butzi ganz, ganz herzlich hier bei uns im Gemeinderatssitzungssaal (*allgemeiner Applaus*).

Hoher Gemeinderat, ich möchte etwas zu dieser Diskussion beitragen und es ist mir wichtig. Wir diskutieren hier das Girardi-Haus aus einem Anlass heraus, wie die Kollegin Kahr sagt und ich möchte heute etwas hier vorlesen, weil es wichtig ist, dass alle Gemeinderatsmitglieder, meine Stadtregierungskollegen und alle, die heute hier da sind, auch davon erfahren, möglichst auch darüber hinaus. Ich kenne im Moment niemanden hier herinnen, der politisch möchte, dass das Girardi-Haus vom derzeitigen Eigentümer nicht saniert wird. Ich möchte auch nicht daraus ableiten, dass jeder Gebäudeinhaber und jeder Investor gleich mit einer Strafe belegt werden soll, weil viele Investoren und viele Hauseigentümer haben wirklich viel Geduld und einen langen Atem, wenn es um Veränderungen bei uns in der Altstadtzone und darüber hinaus im Stadtgebiet gibt. Und ich habe mir extra von der ASVK die Gutachten über das Girardi-Haus besorgt, dieses Gutachten wurde einmal ausgestellt am 8. November 2010, ich habe es mit und verlese jetzt das, was unsere Expertinnen und Experten uns mitgegeben haben, damit wir das in einem eventuellen Bauverfahren als Gutachten auch berücksichtigen mögen. Und ich will den wichtigsten Satz und Befund vorlesen. Er lautet: „Das Objekt stammt im Kern aus dem 16. beziehungsweise 17. Jahrhundert

und ist in seiner derzeitigen Form schon aufgrund der historischen Bedeutung seiner Geschichte, Klammer auf (Girardi), als besonders schutzwürdig zu betrachten.“ Viereinhalb Jahre später unsere Expertenkommission ASVK mit folgender Feststellung und zwar am 9. Juni 2015: „Das bereits seit längerem leer stehende Gebäude weist einen desolaten Erhaltungszustand auf und ist in seiner heutigen baulichen Struktur mit einem kellerartigen Erdgeschoß, der geringen Raumhöhe im Obergeschoß und aufgrund der vielfachen rezenten Veränderungen,“ ich nehme an, es ist erst vor kurzem vorgenommenen Veränderungen, also wir warten alle drauf, dass sich dort etwas verändert, aber ich wüsste nicht, was dort kürzlich verändert worden ist, „als nicht schutzwürdig nach dem Grazer Erhaltungsgesetz 2008 zu bewerten.“ Wenn also unsere ASVK auch Hauseigentümern und Besitzern im Laufe der Jahre solch unterschiedliche Gutachten stellt, dann brauchen wir nicht die Schuld bei der Politik, bei der Verwaltung, bei allen Behörden suchen, sondern dann ist der Wurm drinnen auch in unserer ASVK, in unserer Altstadterhaltungskommission.

Zwischenruf StR.ⁱⁿ Kahr: Sagen wir ja.

Bgm. Mag. **Nagl**: Sagen wir ja. Aber noch einmal, aber der Antrag lautet, bitte höhere Strafen und deswegen sage ich das nur noch dazu, dass man nicht immer...

Zwischenruf unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, man kann viele Geschichten dazu erzählen, aber die ist mir einmal wichtig, dass wir es festhalten. Für ein und dasselbe Gebäude, von ein und derselben Begutachtung zwei vollkommen konträre und unterschiedliche Gutachten, das darf es nicht geben und das muss man auch dort, wenn ich so sagen darf, das ist ein Skandal, was da eigentlich passiert und ich hoffe, dass diese neue ASVK, sie setzt sich ja jetzt neu zusammen, wieder mit einer Stimme spricht und im Auge hat die erhaltenswürdigen Gebäude unserer Stadt. Ich wollte es einfach noch hinten anfügen, es wurde alles andere sowieso schon gesagt, aber das ist etwas, was einfach einmal aufgezeigt gehört, weil dort liegt auch der Unmut bei vielen Verfahren drinnen, dass man hier nicht klar und deutlich sagt, auf was es ankommt. Und im ersten Gutachten ist noch dabei gestanden, dass die Hinterhofgebäude, die einmal ein Stall waren, nicht schützenswert sind und aus dem heraus hat sich ein langjähriges Prozedere entwickelt mit dem Eigentümer, das jetzt leider von der ASVK nicht angenommen wird. Sehr wohl aber von der Baubehörde positiv gesehen wird, es ist noch offen das Gutachten, das wir extra angefordert haben vom Bundesdenkmalamt. Ich kann mir gar nichts anderes vorstellen, als das unsere Behörde diesem Ansinnen auf Abbruch nicht stattgeben wird (*Applaus ÖVP*). Ich kann nicht vorgreifen, aber ich kann es mir nicht vorstellen.

GR. Mag. **Fabisch**: Meine sehr verehrten Damen und Herren, lieber Herr Bürgermeister! Es sind jetzt sehr viele Punkte gekommen, ich schaffe es gar nicht, bin mit dem Mitschreiben gar nicht zusammengekommen, das gebe ich ehrlich zu. Vielleicht ein paar grundsätzliche Sachen. Was hier nicht verstanden wurde ist, dass es zwischen dem Instandhaltungsbescheid, der nicht erfüllt wird und dann irgendwann einmal eine Ersatzvornahme notwendig wird, die dann vielleicht nicht gelten kann, weil es an wirtschaftlicher Zumutbarkeit mangelt, dass es eben soweit nicht kommen darf, darum geht es. Es geht nicht nur um erhöhte Strafen, es geht überhaupt um Strafen.

Es soll sich für den Eigentümer nicht lohnen, nichts zu tun. Wenn jemand ein Haus in der Zone, ein geschütztes, kauft oder geschenkt bekommt, dann muss er damit rechnen, dass er bestimmte Verpflichtungen damit übernimmt, sonst pfeifen wir auf den Altstadtschutz, wir müssen ihn auch in diesem Punkt wirklich ernst nehmen. Denken wir an das Kommod, unter der Vorgabe unseres Antrages hätte man das Kommod retten können. Was war denn dann der Vorstoß des Eigentümers, die Ersatzvornahme ist wirtschaftlich nicht zumutbar, das muss man sich einmal vorstellen. Hätte er gezwungen werden können, das Haus wirklich instandzuhalten und nicht, komischerweise einmal haben Dachziegel gefehlt, oben waren immer Fenster offen, hätte man diesen langsamen Verfall von Haus aus unter Strafe gestellt, wäre es nie so weit gekommen und genau darum geht es in diesem Antrag. Es sind ein paar Dinge, die ich ehrlich gesagt nicht ganz kapiere, ich habe das Gefühl, manche Parteien wollen sich jetzt unbedingt selbst damit schmücken, manche wollen überhaupt den Altstadtschutz nicht ernst nehmen. Ich komme da nicht ganz mit, muss man so sagen. Man hätte natürlich auch durch Strafen natürlich, die höher sein müssen, den Altstadterhaltungsfonds erhöhen können. Ist ja klar, schon die Strafandrohung allein zeigt Wirkung, das muss uns klar sein, dass es gar nicht notwendig ist, Strafen auszusprechen. 50.000 Euro sind eine Lappalie für das, was sich andere an Profit erwarten, wenn das lästige kleinere Uralthaus vielleicht abgerissen werden muss und man dann ein wunderbares großes Bürogebäude und Wohnhaus hinstellen kann und sich das von der Zaha Hadid dann planen lassen kann, seit 12 Jahren höre ich das. Ich glaube, sie weiß noch gar nichts davon, diese berühmte Architektin. Man muss aufpassen, dass sie nicht vorher in Pension geht, aber damit wurden wir auch geködert, wir haben eh nicht zugestimmt. Das, was Kollege Dreisiebner vorschlägt, verstehe ich nicht, ich weiß nicht, wo da die Abänderung liegt, das Einzige, was du gefordert hast, was neu ist für mich ist, ich muss leider ein bisschen länger reden, ist einfach zu viel hereingekommen, ist, dass ein Runder Tisch gefordert wird. Das ist im Antrag, den Herr Georg Topf schon vor fünf Jahren gemacht hat, ja inkludiert, dass alles zusammenläuft beim zuständigen Referenten und keine Angst, sie macht das fast täglich. Noch ein Satz

zur Ergänzung, bin eh gleich fertig, bin mit dem Schreiben nicht mitgekommen, an die FPÖ, mit dem Kollegen Lohr habe ich in der Berufungskommission gekämpft für die alten Häuser, zehn Jahre lang, Seite an Seite, muss ich sagen, war nicht ganz leicht die Geschichten, da es diesen Antrag ja noch nicht gegeben hat, uns waren ja eigentlich die Hände gebunden, was vielleicht viele nicht wissen in diesem Haus, es ist selbstverständlich mehr Miete zu kassieren vom Eigentümer möglich, wenn es sich um ein denkmalgeschütztes Haus handelt, das ist schon klar. Es gäbe noch ein weiteres, ich habe das Gefühl, ein wirkliches Instrument zur Bekämpfung dieses Missbrauchs, und der liegt vor, und da meine ich jetzt nicht die Leute, die es sich nicht leisten können, sondern ich meine schon das gezielte Verfallen-lassen, ein wirkliches Instrument nehmen wir uns, indem wir diese Petition nicht verabschieden. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Die Zaha Hadid hat geplant, sie weiß es, es hat der Eigentümer nur nicht umgesetzt und ich weiß auch, dass es eine Begehung der Baubehörde jetzt im Falle Leonhardstraße gegeben hat und das Gebäude ja Gott sei Dank auch in einem anderen Zustand ist. Das Kommodhaus ist ja über zwei Jahrzehnte offen gewesen, bis die Stockwerke schon alle weg waren, also so weit soll es nie kommen, dafür haben wir, Gott sei Dank, auch Maßnahmen und ich hoffe, dass auch Kollegin Kahr und die Behörde auch alles ausnutzen. Wir haben ja jetzt, Gott sei Dank, in letzter Zeit nicht mehr so viele Gebäude und ich glaube, dass der Runde Tisch wichtig ist, um das alles einzubringen. Also das ist nicht ausgeschlossen und ich wünsche mir auch, dass wir endlich den Kataster erstellen, weil es einfach mehr Sensibilität braucht. Manche Gebäude, die auch ein Herr Laukart oder sonst uns jemand genannt hat, sollten dort einfach einmal eingetragen werden, dann wissen wir auch im Hause, es ist sensibler zu behandeln, das heißt aber nicht, dass das jetzt, wenn ich so sagen darf, gleich von Haus aus alles schützenswerte Gebäude sind. Das stellt weiterhin das Bundesdenkmalamt in

erster Linie fest und die ASVK in zweiter Linie und da hoffe ich, dass es nicht künftig solche divergierenden Meinungen unter den Experten gibt.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Keine Öffnung der Ferdinand-Prirsch-Straße für den motorisierten Durchzugsverkehr

GR. Mag. **Haßler** stellt namens von ÖVP, KPÖ und Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Haßler**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne! Ich muss heute da, ich sage leider, einen Antrag stellen, den ich lieber auf eine andere Art und Weise gelöst hätte, weil vor zwei Monaten habe ich zum selben Thema schon einmal eine Frage in der Fragestunde an den Verkehrsstadtrat gestellt und ich denke, dass man mit ein bisschen Hausverstand und Gespür, wie man es auf den Plakaten immer sieht bei der FPÖ, dieses Thema sehr, sehr gut hätte lösen können, ohne dass man das höchste Organ der Stadt Graz, wie es der Kollege Lohr formuliert hat, damit sozusagen, ich will nicht sagen belästigen, aber betrauen muss und ich hoffe, dass jetzt dann der Beschluss im höchsten Organ der Stadt Graz dazu führen wird, wie der Kollege Lohr immer sagt, die FPÖ respektiert das natürlich, also gehe ich davon aus, dass das hoffentlich da dann einmal das Gespür vielleicht vom Gemeinderat wieder vermittelt wird an die FPÖ.

Gehen tut es ganz kurz um die Ferdinand-Prirsch-Straße in Straßgang, ist eine kurze Verbindungsstraße, die ursprünglich eine Sackstraße war, seit zehn Jahren jetzt offen wegen Verbauung. Daneben liegen zwei weitere Straßen, die alle als Durchzugsstraße genutzt werden. Allen drei Straßen ist eines gemein, dass sie keine Sicherheit für Fußgänger und Radfahrer bieten, weil keine Gehwege vorhanden sind. Und aus dem Grund hat man sich schon vor zehn Jahren, damals Bezirksvorstehung und damals zuständiger Verkehrsstadtrat, entschlossen, diese Straße, obwohl sie durchgebaut ist, als Sackstraße zu belassen. So gut bis zum heurigen Jahr, da ist das Straßenamt auf die Idee gekommen, weil im Vorjahr das Ganze in das öffentliche Gut übernommen wurde, aufzumachen, das wurde angekündigt, es hat eine große Aufregung gegeben und obwohl Bezirksvorstehung, alle Anrainer usw. dagegen waren, obwohl die Straße nur 4,60 Meter breit ist, eigentlich gar nicht für den Durchzugsverkehr geeignet ist, hat der Stadtrat in der Fragestunde auf meine Frage den Wunsch verneint, dieses Aufmachen sozusagen hintanzustellen und siehe da, gestern 16.00 Uhr, waren die dringlichen Anträge ausgesendet, heute in der Früh sind die Mitarbeiter des Straßenamtes vor Ort gewesen, haben die Sackstraßentafel abmontiert, haben die Absperrung weggeräumt, das heißt, offensichtlich will da jemand Fakten schaffen und ich hoffe doch, dass die Zustimmung, die sich abzeichnet, dann vielleicht doch zum Einlenken führen wird. Für mich ist es unverständlich, dass man auf solchen Dingen beharrt, obwohl die Verkehrsplanung, die ja eigentlich wissen müsste, ob eine Straße jetzt für übergeordnete Interessen notwendig ist oder nicht, dass die Verkehrsplanung auch gesagt hat auf Nachfrage sowohl der Anrainer als auch auf meine Nachfrage, dass aus verkehrsplanerischer Sicht keinerlei Notwendigkeit ist, den jetzigen Zustand dort zu verändern. Aus meiner Sicht ist es ein reiner Justamentstandpunkt und ich hoffe doch, dass bald einmal das Gespür und der Hausverstand wieder einkehren werden und darf daher namens der sozialdemokratischen Fraktion, unterstützt von den Klubs von ÖVP, KPÖ und Grünen, folgenden

dringlichen Antrag

vorbringen. Der zuständige Verkehrsstadtrat, Mag. Mario Eustacchio, wird ersucht, das Straßenamt zu beauftragen, die Ferdinand –Prirsch-Straße – sofern dies der STVO beziehungsweise einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen entspricht – nicht für den motorisierten Durchzugsverkehr zu öffnen (*Applaus SPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Bergmann** zum Antrag: Gerald, ich bin sehr froh, dass du diesen Antrag eingebracht hast, denn dieses Thema wurde ja schon beim Bebauungsplan war das ein wesentliches Thema, dass diese Straße nicht geöffnet wird. Es gibt nämlich zwei Parallelstraßen, die offen sind für den Durchzugsverkehr und das ist ausreichend und ich weiß wirklich nicht, aus welchen Gründen, also es ist mir unerklärlich, warum diese Straße geöffnet werden sollte. Also herzlichen Dank noch einmal und natürlich haben wir Unterstützung.

GR. Ing. **Lohr**: Hoher Gemeinderat, sehr geehrter Antragsteller! Du hast es ja schon erwähnt, du hast diese Frage ja im Mai bereits an den Verkehrsstadtrat gestellt und er hat damals schon geantwortet, dass es natürlich keine Präferenz von ihm aus, sondern wirklich eine Fachentscheidung aus dem Straßenamt ist. Ich darf auch noch einmal kurz zusammenfassen, wie die Antwort war: Diese Straße wurde eben im Herbst vergangenen Jahres der westliche Teil in das öffentliche Gut übernommen, daher besteht kein Anlass mehr, diese Straße weiterhin gesperrt zu lassen. Aus Sicht des zuständigen Straßenamtes, und dort liegt ja auch die Zuständigkeit, ist nicht nachvollziehbar warum bei drei parallel verlaufenden Verbindungsstraßen zwischen Straßgang und Martinhofstraße eine gesperrt werden muss und dadurch die beiden anderen, und zwar die Salfelderstraße und die Weblinger Straße, den gesamten Verkehr aufnehmen sollen. Auch diese beiden Straßen haben natürlich Anrainer und da gibt es natürlich auch vermehrt Beschwerden im Straßenamt, warum genau diese beiden Straßen zusätzlich belastet werden. Für mich auch verwunderlich oder für

unsere Fraktion, warum man hier einen dringlichen Antrag stellt. Ich glaube, da war das Ansinnen, dass man einen Fachvorschlag mit so einem Antrag aushebelt. Ich glaube, das ist nicht Sinn eines dringlichen Antrages, dass man jetzt die Fachämter überrollen und weil uns das halt nicht passt oder weil halt dort drei Anrainer den Herrn Bezirksvorsteher oder den Gemeinderat kennen, und deshalb hier herinnen Anträge gestellt werden, um Fachvorschläge umzudrehen. Ich glaube auch, dass dieser Antrag nicht uneigennützig gestellt worden ist und ich spinne das ein bisschen weiter, das nächste Mal kommt dann auch ein Gemeinderat auf die Idee, vor meinem Haus ist zuviel Verkehr, stelle ich da herinnen einmal einen dringlichen Antrag, eine Sackstraße dort einzuführen. Also wir haben gesehen auch am Beispiel Lendplatz, diese dringlichen Anträge führen sicher nicht zu einer guten Lösung. Ich möchte auch betonen, dass in diesen Straßen, wie gesagt, jetzt nicht der wirklich große Durchzugsverkehr herrscht, also es werden auch die Fußgänger in Zukunft dort sicher durch die Straße gehen können, deshalb wir folgen weiterhin dem Fachvorschlag und werden den Antrag ablehnen (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals. Aber, geschätzter Herr Gemeinderat, ich habe anlässlich der Vorstellung des Flächenwidmungsplanes nicht nur drei Bürgerinnen und Bürger, die den Bezirksvorsteher kennen, getroffen, sondern die Bewohnerinnen und Bewohner und die haben mir mitgeteilt, dass sie auch eine Fachauskunft eingeholt haben, nämlich die Fachauskunft der Verkehrsabteilung. Noch einmal, es ist schon interessant, dass die Verkehrsplanungsabteilung die Auskunft gegeben hat, dass sie keine Notwendigkeit sieht, diese Straße jetzt aufzumachen, das Straßenamt hat sehr wohl eine andere Meinung gehabt und soweit ich mitbekommen habe, alle Vertreterinnen und Vertreter auf der Bezirksebene, die Bürgerinnen und Bürger dort, aufgrund auch der Schmalheit der Straße, dann auch Nichtausführung mit einem Gehsteig etc. haben sich gewünscht, dass es so bleiben möge. Ist ja auch kein neues

Thema, hatte ja auch schon der Vorgänger, Kollege Rüschi, mit am Tisch und damit hat es sich ganz gut leben lassen, deswegen das wollte ich nur noch erwähnen. Also da geht es nicht um drei Bekannte vom Herrn Bezirksvorsteher, sondern da geht es, glaube ich, sogar um den gesamten Bezirksrat. Mir ist nicht bekannt, dass im Bezirksrat eine andere Meinung vorgeherrscht hätte und die Ämter haben sich widersprochen, deswegen ist es hier zum Thema geworden (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Haßler**: Danke, Herr Bürgermeister, Sie haben es jetzt eh klargestellt, dass eben, wie ich es auch schon gesagt habe, da unterschiedliche Fachmeinungen vorherrschen und ich denke doch, dass die Verkehrsplanung es am ehesten weiß, wo Notwendigkeit besteht, dass ein übergeordneter Verkehr zu fließen hat. Und ich sage es da noch einmal, es geht darum, es sind drei Straßen, alle drei sind nicht für den Fußgängerverkehr geeignet, also hat man zwei zum Fahren ungehindert und eine, wo Fußgänger und Radfahrer sich besser aufhalten können, das ist ein vernünftiger Vorschlag, glaube ich, und es ist schade, dass man das hier bringen müssen, mache ich nicht gerne, aber wenn der Hausverstand bei manchen aussetzt, dann muss halt der Gemeinderat beim Hausverstand nachhelfen und das machen wir jetzt in dem Fall und ich hoffe doch, dass dann sowohl das Amt als auch der Herr Verkehrsstadtrat das oberste Souverän dieser Stadt den Gemeinderat respektieren wird. Davon gehen wir aus. Danke (*Applaus SPÖ*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

5) Verteilungsgerechtigkeit im Asylwesen auf europäischer und innerstaatlicher Ebene

GR. Mag. **Sippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Dass mein Thema, mein Antrag dringlich ist, glaube ich, da brauchen wir nicht lange drüber diskutieren, ich bin sogar überzeugt davon, dass das eines der dringendsten Themen der nächsten Wochen und Monate, wenn nicht länger, sein wird. Wir sprechen hier vom Asylproblem, besser bezeichnen kann man es ja eigentlich unter dem Namen Flüchtlingsproblem, weil wir reden hier ja schließlich von drei Viertel sogenannter Wirtschaftsflüchtlinge. Dass wir dieses Problem in Graz nicht lösen können, das ist mir völlig bewusst. Wir können weiter so tun, als wenn uns das Thema nichts angeht und die Augen-zu-und-durch-Mentalität leben oder wir können unsere Verantwortung auch leben und wahrnehmen und dieses Thema hier auf der kommunalen Ebene diskutieren, auch Druck auf die übergeordneten Gebietskörperschaften aufbauen (*Der Bürgermeister läutet mit der Ordnungsglocke*), um dadurch auch in weiterer Folge Lösungen herbeizuführen. Weil wir sind diejenigen auf kommunaler Ebene, die dieses Problem, diese Zustände dann auch ausbaden haben. Die Steiermark erfüllt ja, zumindest war das der Stand der letzten Woche, die Asylquote mit 102,3 %, mit Stand Montag war es wieder knapp unter den 100 %, also man sieht ja, diese Quote ist ja sehr, sehr flexibel und mit den Zahlen, mit denen wir momentan auch konfrontiert sind und mit diesen Zuwachsraten ist es natürlich schwer, jetzt in fixen Zahlen auch zu messen. Das wird ja tagtäglich mehr, wenn man hier auch Kreisen aus dem Ministerium folgt, dann erwarten uns im Juli und im August in der Steiermark für beide Monate jeweils weitere 700 Asylwerber, die in der Steiermark zu beherbergen sein werden, das heißt, wenn da nicht bald etwas passiert, dann sind auch Zeltstädte in der Steiermark nicht zu umgehen. Ergänzend möchte ich sagen, dass es wirklich so ist, dass man ja teilweise für vorbildhaftes Verhalten bestraft wird. Die, die es besonders gut machen,

kriegen dann meistens noch mehr Flüchtlinge aufoktroziert und so kann es nicht sein, das hat mit Gerechtigkeit nichts zu tun, da sind jetzt auch andere in die Pflicht zu nehmen und nicht immer die, die vorbildliche Arbeit leisten. Dass Graz hier bereits eindeutig seine Pflicht erfüllt, das ist anhand der Zahlen zu belegen, wir haben 26 % der Flüchtlinge der Steiermark, Tendenz steigend und das bei 22 % der Einwohner der Steiermark. Also da sieht man diese Diskrepanz und dass das natürlich bedeutet, dass wir auch ein Mehr an Problemen zu bewältigen haben, ist klar. Ich rede hier von der Kriminalität; im Jahr 2014 war jeder fünfte Asylwerber ein Tatverdächtiger, ich rede hier von Problemen des Zusammenlebens, das kann man nicht unter den Teppich kehren, das muss man auch ansprechen. Bei 80 % männlicher Flüchtlinge, davon ein Großteil Moslems, sind das natürlich ungeheure Schwierigkeiten, auch was das Zusammenleben betrifft. Von den übergeordneten Problemen, sprich, dass auch der islamische Staat die Flüchtlingsrouten nach Europa dazu benutzt, um Kämpfer einzuschleusen, von denen rede ich da ja gar nicht, obwohl es uns ja auch einmal betreffen könnten. Entlarvend sind einige Aussagen von Flüchtlingen, die in dem Fall aufgegriffen worden sind an der serbisch-ungarischen Grenze. Auf die Frage, was ihr Ziel ist, war fast einhellig die Aussage, Deutschland oder Österreich, auf die Frage warum, hat es geheißen, ja das sind gute Länder, da gibt es gute Sozialleistungen. Auf die Frage, ob sie sich vorstellen könnten, auch in Ungarn zu bleiben, haben sie gesagt, nein, das sind keine guten Länder, da gibt es keine guten Leistungen. Das ist sehr entlarvend und da sieht man, dass aus unserer Sicht, glaube ich, ein bisschen mehr Norway-Politik wie in Australien besser wäre als diese Welcome-Politik, die die falschen Signale in diese Bereiche sendet (*Applaus FPÖ*).

Der Ansatz dieses dringlichen Antrages zielt darauf ab, Verteilungsgerechtigkeit herzustellen, es kann nicht sein, dass Kommunen, die vorbildliche Arbeit leisten, dass Ballungsräume wie der Grazer Raum hier übergebührlich belastet wird. Hier soll Gerechtigkeit auch stattfinden. Was es natürlich auch braucht, und das ist der zweite Punkt meines Antrages, das ist eine Diskussion über die Grenzsicherung, ich möchte da gar nicht weiter darauf eingehen. Ich meine, in Europa sind teilweise nicht mehr alle

bereit, auch Schengen zu folgen, weil es ganz einfach nicht mehr geht. Ob das jetzt Dänemark ist, auch Großbritannien denkt darüber nach, hier Grenzsicherung wieder möglich zu machen. Ich möchte nur eine Zahl hier auch in den Raum werfen, wir haben den G7-Gipfel im Schloß Elmau erlebt. Zu dem Zwecke ist die Grenzsicherung beziehungsweise Schengen einmal für einige Tage, zwei Wochen waren es knapp, ausgesetzt worden. Wissen Sie, wie viele Verstöße gegen das Aufenthaltsgesetz in dieser kurzen Zeit auch dokumentiert worden sind? 10.555, davon 135 Haftbefehle vollstreckt, da sieht man, wie arg die Situation ist und wie groß auch der Handlungsbedarf ist. Abschließend, ich glaube, die Vorboten, die Bilder, die Entwicklung, die sehen wir tagtäglich. Man kann nur hoffen, dass Europa sich jetzt durchringt, endlich eine vernünftige Flüchtlingspolitik zu machen und dass das nicht zum Alltag wird, was sich teilweise im Hafen in Patras, an der Grenze zwischen Italien und Frankreich, in der spanischen Enklave Melilla oder im Hafen von Kale abspielt, dass diese Szenen nicht zum Alltag werden, ich glaube, da sind alle gefordert und der Druck auf kommunaler Ebene oder von der kommunalen Ebene ist hier unerlässlich.

Deshalb stelle ich im Namen des freiheitlichen Gemeinderatsklubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Herr Bürgermeister Nagl wird ersucht, zeitnah – jedenfalls aber noch während der Sommerpause des Gemeinderates – mit der zuständigen Bundesministerin für Inneres, Frau Mag. Johanna Mikl-Leitner, in Kontakt zu treten, und hierbei aus Sicht der Stadt Graz nachfolgende Punkte zu monieren:

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht die Frau Bundesministerin dringend, auf europäischer Ebene für eine gesamteuropäische Regelung der Asylfrage einzutreten. Dies impliziert jedenfalls eine gemeinsame und wirkungsvolle Sicherung der EU-Außengrenzen sowie die Schaffung entsprechender

Aufnahmekapazitäten für Asylwerber bereits außerhalb dieser Grenzen, um vor allem dem Schlepperwesen Einhalt zu gebieten. In diesem Zusammenhang soll bereits vor Eintritt in den EU-Raum nach einer gerechten Quotenverteilung geregelt sein, in welchem Mitgliedstaat der Asylwerber seinen Aufenthalt nehmen kann.

2. Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht die Frau Bundesminister, auf innerösterreichischer Ebene für eine größere Verteilungsgerechtigkeit in der Asylfrage zu sorgen. Dies bedeutet jedenfalls, dass sowohl die Bundesländer als auch die einzelnen Gemeinden gemessen an der Einwohnerzahl gleichwertig in die Pflicht genommen werden. Von einer zwangsweisen Verpflichtung beziehungsweise von einer zwangsweisen Errichtung von Asylantenheimen an einigen wenigen Standorten ist abzusehen.

Herr Bürgermeister Nagl wird ferner ersucht, im Städtebund – sofern überhaupt nötig – entsprechende Überzeugungsarbeit zu leisten, um auf breiterer Ebene in gleicher Sache an die Frau Bundesministerin für Inneres herantreten zu können.

Der Gemeinderat der Stadt Graz erkennt abschließend, dass gerade das Versagen auf EU- und auf Bundesebene die urbanen Groß- und Ballungsräume vor nicht mehr zu lösende Aufgaben stellt. Die EU-Mitgliedstaaten, die österreichischen Bundesländer untereinander – vor allem aber die Städte und Gemeinden – müssen gleichermaßen Verantwortung tragen.

Ich bitte um Annahme (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals. Darf mich gleich selbst zur Dringlichkeit melden, weil mir das wichtig ist. Ich soll ja vom Gemeinderat hier in den nächsten Tagen und

Wochen auch für eine gerechtere Aufteilung innerhalb Österreichs sorgen. Die Republik Österreich ist, beziehungsweise war, immer dafür bekannt, dass wir in der Frage der Kultur und in der Frage der Menschlichkeit ganz vorne unter allen Staaten zu finden sind. Die Bilder und die Diskussionen, die wir aufgrund der großen Flüchtlingsströme, die uns noch gar nicht wirklich erreicht haben, 60 Millionen Menschen jetzt schon auf der Flucht, in Nachbarstaaten schon bis zu 20 % der Einwohner Flüchtlinge, da werden uns Flüchtlingsströme erst erreichen, dass wir hier ein paar ganz, ganz dringende Aufgaben zu lösen haben. Die eine Geschichte ist, wie wir die Aufteilung Innerösterreichs angehen. Ich möchte ab heute einen Vorschlag unterbreiten aufgrund der Tatsache, dass, soweit ich informiert bin, noch immer mehr als 70 % der österreichischen Gemeinden keinen einzigen Asylwerber haben, selbst in der Steiermark, glaube ich, noch immer fast 50 % der Gemeinden keinen einzigen Flüchtling unterzubringen haben, dass wir uns in Österreich auf einen Schlüssel zu einigen haben und dieser Schlüssel ist eine Kenngröße, dass jede Bürgermeisterin, jeder Bürgermeister und auch dazugehörig alle Gemeinderäte und die Verwaltungsebenen wüssten, was auf sie zukommt. Im Moment wird das Thema Flüchtlinge wie eine heiße Kartoffel zwischen den Gebietskörperschaften Österreichs peinlich hin- und hergeschoben und da müssen wir uns auch alle selbst bei der Nase nehmen. Ich kenne die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Steiermark und auch viele aus Österreich und ich weiß, wenn sie eine verlässliche Vorgabe bekämen, die Bereitschaft viel größer wäre als diese wöchentlichen und täglichen Anrufe, da haben wir wieder ein Haus entdeckt, möchten wir dort ein Zeltlager machen. Wir wissen von allen Expertinnen und Experten, die sich seit Jahren und Jahrzehnten mit Flüchtlingsströmen und deren Unterbringung beschäftigen, dass es falsch ist, dauernd über Großquartiere nachzudenken. Paracelsus hat uns gelehrt, dass die Dosis wichtig ist und ich möchte folgenden Vorschlag der Republik unterbreiten und auch die Innenministerin und die Regierung ersuchen, das österreichweit umzusetzen, nämlich, dass jede Gemeinde in Österreich 0,5, das ist ein halbes Prozent ihrer Bevölkerungsanzahl als Flüchtlinge unterzubringen hat. Wer mehr leistet, erhält dafür

auch einen finanziellen Bonus. Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister haben sich um die notwendigen Quartierplätze zu kümmern, Bund und Länder haben die Finanzierung zu garantieren und die Länder darüber hinaus mit NGOs die Betreuung sicherzustellen. Damit alle sich vorstellen können, was ich da meine. Eine Gemeinde mit 1.000 Bewohnerinnen und Bewohner müsste fünf Personen unterbringen, eine Gemeinde mit 10.000 Bewohnerinnen und Bewohnern 50 und das kann man durchheraufrechnen. Die Stadt Graz, die das Soll immer übererfüllt hat, hat im Moment knapp 1.800 Asylwerberinnen und Asylwerber, soweit ich den Letztstand vernommen habe. Wir hätten aufgrund unserer 280.000 Einwohner mindestens 1.400 unterzubringen, wir sind ja auch in der Stadt Graz in der Lage, auch mehr zu tun, aber dieser Schlüssel gehört aus meiner Sicht dringend in Österreich eingeführt, dann wüsste jede Gemeinde, jede Stadt, was auf sie zukommt, dann würden die Flüchtlinge nicht auf Wiesen liegen, sie müssten nicht bei dieser Hitze oder bei Unwettern in diesen Zelten untergebracht sein und wir könnten dieses Problem in Österreich auch angehen, gemeinsam mit den NGOs, und wenn einmal der Pfarrer mit dem Pfarrhof, wenn alle Gemeinschaften die es dort gibt, sich um die paar Flüchtlinge kümmern, dann haben die ein anderes Willkommen in Österreich und das haben wir zu tun. Das heißt aber nicht, dass wir den Druck auch wegnehmen dürfen von der europäischen Ebene, auch da gehört fair verteilt, auch da sollten wir die Innenministerin unterstützen, sie wird ja fast alleingelassen mit der Frage, hat aber jeden Tag hunderte Menschen neu aufzunehmen und das sollte man angehen. Und letztlich bin ich auch persönlich davon überzeugt, dass der Flüchtlingsstrom nur abebben wird, wenn die europäische Gemeinschaft und die internationale Staatengemeinschaft auch gemeinsam militärisch in Nordafrika eingreifen. Es ist für mich traurig genug, dass wir diesen IS-Truppen diese schwachen Widerstände im Irak und in Syrien noch überlassen, ich glaube da gehört endlich eingegriffen, ich würde mich freuen, wenn die Europäische Union so viele Gipfel wöchentlich einberufen würde, wie sie es momentan wegen der Pflanzerei des Herrn Tsipras auf dieser Ebene einberuft, ich würde mir wünschen, dass dieses Thema, wenn es um Menschlichkeit geht, wenn es um die Zerstörung von Kulturen geht, von

Kulturgütern geht, endlich einmal was entgegenzusetzen hat, wir schauen weg und machen uns mitschuldig. Ich kann es da noch einmal zitieren, 1950, französischer Außenminister, die Entwicklung des afrikanischen Kontinents ist die Hauptaufgabe, und zwar eines partnerschaftlichen, nicht schon wieder nur, um die Rohstoffe von ein paar Supermächten und die Fortsetzung der Kolonialisierung Afrikas ist wichtig. Es wäre endlich an der Zeit, dass die Staatengemeinschaft sagt, wir schauen dem nicht länger zu (*Applaus ÖVP*), dann reißen auch die Flüchtlingsströme aus diesen Ländern wieder ab, die würden gerne dort zu Hause sein. Wir werden die Dringlichkeit unterstützen.

GR. Mag. **Sippel**: Ich hoffe, dass wir uns darauf einigen können, dass es absolute Zahlen, nämlich so, wie Sie es sagen, ist es einmal ein Vorschlag, 0,5 % gerechnet auf die Einwohnerzahl an Flüchtlingen pro Gemeinde, wenn wir uns darauf einigen können. Aber was genauso wichtig wäre ist, dass man einmal dieses Fass ohne Boden, dass man diesem Fass auch wieder einmal einen Boden einziehen, weil sonst ist ja das wirklich eine nicht zu bewältigende Aufgabe und da muss die Europäische Union, glaube ich, auch hin. Wir müssen einmal dazu kommen, mit absoluten Zahlen zu operieren. Letzte Woche haben wir die Quote als Steiermark noch erfüllt, jetzt müssen wir uns schon wieder kritisieren lassen, dass man unter die 100 % gefallen sind, weil die Quote natürlich eine Fix-Quote ist, aber die absoluten Zahlen der Flüchtlinge in Österreich in dieser Form rapide steigen. Also das heißt, hier braucht es klare Lösungen und hier sind wir sicher ein Partner, wenn es darum geht, hier verbindlich auch solche Quoten festzulegen. Wenn es allerdings darüber hinaus geht, dann muss man auch einmal den Mut haben zu sagen, es reicht, es gibt keinen Platz mehr. Und dann braucht Europa, so wie es ja auch in diversen oder in einer speziellen linksliberalen Zeitung in der Bundesrepublik zu lesen war, dann braucht Europa auch um sich herum einen Zaun und zwar einen Zaun für die Werte, die wir in Europa aufgebaut haben, ob das

Menschenrechte sind, ob das Freiheitsrechte sind, ob das Rechte der Gleichberechtigung sind, die gehören geschützt, weil durch diese Zuwanderung, durch diese Einwanderung in diesen massiven Ausmaßen sind diese Grundwerte und der europäische, der innereuropäische Frieden auch massiv gefährdet und auf das gehört genauso Bedacht genommen, da darf sich Europa nicht einfach weiter, ich sage einmal, auch von seinen Grundwerten verabschieden, sondern muss auch zurückfinden zu seinen Werten und diese nicht einer Gefahr aussetzen und ich glaube, da sind alle gefordert. Also ich hoffe auf eine breite Zustimmung dieses Antrages, um auch das entsprechend wichtige und starke Mandat für den Herrn Bürgermeister in den Diskussionen und in den Gesprächen im Sinne der Stadt Graz auf Bundesebene im Bereich des Städtebundes hier auch agieren zu können. Danke (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Piratenpartei) angenommen.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig** zum Antrag: Der Armin Sippel hat absolute Zahlen gefordert. Ich möchte ein paar vorlesen. 1956 und 1957 kamen 180.000 Flüchtlinge infolge des Ungarnaufstandes nach Österreich, 1968 kamen 162.000 Flüchtlinge nach dem Einmarsch der Warschauer Pakttruppen aus der damaligen Tschechoslowakei nach Österreich und 1991/92 kamen, Herr Bürgermeister, 115.000 Flüchtlinge aufgrund der Jugoslawienkrise aus Kroatien, dem Kosovo und Bosnien nach Österreich. Wenn wir jetzt ihre 0,5 % auf Österreich umlegen, heißt das, Herr Bürgermeister, dass wir 40.000 Menschen aufnehmen in Österreich und dann ist Schluss. Wenn Sie diese 0,5 % ausrechnen, das zum ersten gleich einmal.

Bgm. Mag. **Nagl**: Darf ich nur gleich darauf antworten, zurzeit sind es die 0,5 %, sollte sich das erhöhen, wäre es halt 0,6 %. Aber wichtig ist, dass jeder Bürgermeister weiß, dass es eine genaue Verteilung nach den Einwohnern gibt und dass man nicht mehr die armen Flüchtlinge hin- und herschieben.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig**: Aber wir sind weit weg davon also von jenen Zahlen, von denen wir gesprochen haben. Ich rede davon, Sie haben auch davon gesprochen, was noch auf uns zukommt und wir werden das auch bewältigen müssen. Es sind die 70 %, von denen Sie gesprochen haben, die niemanden aufnehmen, die sind ein Problem, aber ich glaube nicht, dass wir dieses Problem über Verschiebungen lösen. Mich macht wahnsinnig betroffen, wenn ich so wie gestern, wo diese großen Unwetter nach dieser wahnsinnigen Hitze gekommen sind, wo wir dank der Religionsendung Orientierung wissen, wie viele Menschen ohne Matratze in Traiskirchen unter freiem Himmel schlafen, zum Teil hungrig sind, weil es sich nicht mehr ausgeht. Wir wissen von Tiroler Kollegen, dass es nicht geht, dass rechtzeitig die Leute aus Traiskirchen in die bereitgestellten Quartiere in Tirol zugestellt werden, weil die Organisation auslässt. Wir haben heute das Thema gehabt, dass die Leute, die gestern im strömenden Regen waren, in Zukunft beim nächsten Regen ja in Omnibusse reingehen könnten, vorübergehend, also es gibt schon die Piktogramme dafür. Wenn es regnet ok, nicht mehr unter freiem Himmel, ihr dürft kurzfristig in den Bussen untergebracht werden. Ich schäme mich so unglaublich für das, was da in Österreich abgeht. Auf der anderen Seite möchte ich auch eines sagen, also der Piffli-Percevic, Ehrenklubobmann, hat ja heute davon gesprochen, dass wir so etwas wie die New Experience in dieser Stadt haben, diese New Experience des Zusammenhalts und die gibt es. Wenn ihr euch umschaud, es gibt jene Leute, es gibt PensionistInnen, die sich melden, um Deutschunterricht zu geben, es gibt Leute, die Fußball spielen, Tennis spielen mit

AsylwerberInnen, weil sie ihre Freizeit teilen, es gibt Kollegen, die ihre Zimmer ausräumen, weil ein Kind ausgezogen ist und sagen, ich halte das nicht aus, dass die Leute im Zelt schlafen, ich halte das nicht aus, ich lade... wenn es auch nur für ein paar Wochen ist, ich habe das Gefühl, ich muss was tun. Also es passiert ganz viel, es gibt die Geschichte mit Flüchtlinge willkommen in der Steiermark, die einen hohen Zulauf hat, es passiert ganz viel Mitmenschlichkeit, es passiert ganz viel Betroffenheit. Eine Lehrerin hat mir erzählt, die jetzt in Krumpendorf auf Schullandwoche war mit den Kindern, da war das Thema, dass dort so viele Kinder wären und daneben ja die AsylwerberInnen jetzt in den Zelten wären und ob das nicht ein Problem wäre für die Kinder, es war insofern ein Problem, weil diese Kinder wussten, sie werden nach dieser Schullandwoche wieder nach Hause fahren und zu Hause warten die Eltern, während die Kinder daneben, die haben kein Zuhause mehr, die sind nicht da, weil sie in Krumpendorf gerne im Zelt schlafen, die haben ihr Zuhause in einer Kriegssituation verloren und deswegen halte ich es für eine absolute Frechheit, wenn ihr nur mit diesen Wirtschaftsflüchtlingen daherkommt. Ich möchte eines auch noch sagen, es ist total positiv, ich bin auch froh, dass der Gerald Mitterböslers da ist, dass der mediale Diskurs ein anderer geworden ist. Es wird darüber geschrieben, was ermöglicht wird, was unterstützt wird und das macht die Mitmenschlichkeit in dieser Stadt aus, das macht dieses neue Angesicht aus und nicht die Versuche, immer andere verantwortlich zu machen. Die Mikl-Leitner, soll die anderen Bürgermeister sollen, die sollen, wir wollen nur Verantwortung abschieben, aber eines sage ich euch, wenn ihr hinschaut, Graz, die Bevölkerung in Graz ist schon so viel mehr weiter als es da herinnen die politische Haltung ist. Schaut dorthin und formuliert danach die Anträge, dann werdet ihr nämlich so etwas wie Mitmenschlichkeit übernehmen und auch dieser politischen Handschrift so etwas wie Mitmenschlichkeit geben. Also noch einmal, bitte nicht hinzugehen und immer die Verantwortung abzuschieben, sondern die Verantwortung ernst zu nehmen und so etwas wie Mitmenschlichkeit auch in den politischen Beschlüssen sichtbar werden zu lassen. Das sind wir den Leuten hier in Graz und darüber hinaus schuldig. Danke (*Applaus Grüne*).

Bürgermeisterstellvertreterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 17.25 Uhr den Vorsitz.

GR. Mag. **Krotzer**: Ich will mich zum Antrag der FPÖ gar nicht groß äußern, ich will mehr auf das eingehen, was der Herr Bürgermeister gesagt hat, bedauerlicherweise ist er jetzt nicht mehr hier, ich hätte den ersten Teil oder ich finde den ersten Teil, den er gesagt hat, wir brauchen eine österreichweite Quote, wir brauchen eine Verteilung, sehr, sehr begrüßenswert, damit endlich dieses beschämende Schauspiel, das im Moment passiert, beseitigt werden kann. Und dass man endlich wieder hinkommt zu einem menschenwürdigen Umgang mit Menschen, die ihr Leben riskieren haben müssen in einer Kriegssituation, damit sie hier nach Europa kommen können und hier Schutz suchen und diesen Schutz auch bekommen sollen. Der zweite Teil hat mich allerdings sehr, wie soll man sagen, aufhorchen lassen, wenn davon gesprochen wird, man muss dort militärisch eingreifen. Man hat die Tatsache, diejenigen, die dort in Syrien effektiv gegen den islamischen Staat kämpfen, sind die Volksverteidigungseinheiten der Arbeiterpartei Kurdistans PKK. Während hingegen diejenigen, die genau dort in dieser Region Öl ins Feuer geschüttet haben, und das nicht erst die letzten Monate, sondern all die letzten Jahre hindurch und man kann das zurückverfolgen, Al Kaida ist letztendlich ein Produkt des CIA, gegründet in Afghanistan im Kampf gegen die Sowjetunion. Man hat die Situation weiterführend, die amerikanische Invasion im Irak, man hat die Einmischung in Afghanistan, man hat die Einmischung...

Zwischenruf GR. Stöckler: Das geht jetzt zu weit.

GR. Mag. **Krotzer**: Das ist genau die Tatsache, auf dieser Grundlage basieren dort die Kriege und das ist etwas, wo wir uns...

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Das ist unglaublich.

GR. Mag. **Krotzer**. Das ist nicht unglaublich, das ist letztendlich die Grundlage dessen und wenn wir darüber reden, dass die internationale Staatengemeinschaft dort eingreifen muss, dann muss die internationale Staatengemeinschaft dort aber anders eingreifen als sie es die letzten 10/15/20 Jahre gemacht hat, wo eben dort genau die radikalsten Kräfte unterstützt worden sind, damit man die eigenen Rohstoffinteressen durchboxen kann, damit man dort möglichst zum eigenen Vorteil möglichst zum Nachteil der dortigen Bevölkerung vorgehen kann und insofern muss dann auch die EU, die USA und alle anderen Akteure in der Region ihre Rolle überdenken, soviel dazu von unserer Seite (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Haßler**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte ZuhörerInnen auf der Tribüne! Ich bin überrascht in mehrfacher Hinsicht, also ich kann dem, was der Herr Bürgermeister gesagt hat, einiges abgewinnen. Da waren sehr viele Dinge dabei, über die man ernsthaft diskutieren kann, diskutieren soll. Was mich sehr verwundert, warum die ÖVP diese Vorschläge sozusagen als Beiwagerl zu so einem Antrag der FPÖ verwendet, der, ich kann nur sagen, so ein typischer Best of Sippel eigentlich ist, also sprich das Übliche, was man fast in jeder zweiten oder jeder Gemeinderatssitzung haben. Ich hatte ja die Hoffnung,

dass es diesmal ein bisschen anders wird, deshalb habe ich mir extra auch dieses schöne Armband da zugelegt, aber spätestens gestern um 16.10 Uhr war meine Hoffnung vorbei, wie ich die ganzen Themen gesehen habe, die da auf der Tagesordnung stehen. Wenn ihr euch den Antrag, ihr habt ihn euch hoffentlich angeschaut wo ihr da zustimmt, ich meine, da schreibt wer auch immer, ich nehme an, es war nicht der Herr Sippel, das System der Solidarität kann neben dem Prinzip der Diversität nur bedingt existieren und das Ganze ist ein Nährboden, auf dem die Vorurteile dann wachsen können. Also wenn man einen Nährboden für Vorurteile suchen will, dann brauchen wir nur ins Gemeinderatsarchiv gehen und überall, wo Sippel draufsteht ist der Nährboden drinnen, ich glaube, da braucht man nicht lange suchen (*Applaus SPÖ*). Da steht im Punkt 1: Schaffung entsprechender Aufnahmekapazitäten für Asylwerber außerhalb der EU-Grenzen. Ja wollen wir sie jetzt unten lassen in Syrien und warten, bis die IS die Auslese macht oder wollen wir sie in die Türkei geben, weil dort ist ein besserer Boden für die armen Flüchtlinge, weil Armut zu Armut, das ist wahrscheinlich etwas, was sich verträgt oder was. Nur bei uns da offensichtlich wollen wir sie nicht haben. Also noch einmal, man kann sachlich diskutieren, auch von uns ist jetzt auf Bundesebene der Vorschlag gekommen mit den Bezirksquoten, die wurden abgelehnt, witzigerweise, jetzt sind wir bei den Gemeindequoten, und so neu ist der Vorschlag unseres Bürgermeisters auch nicht, weil wenn man auf der Homepage der Bundes-FPÖ nachliest, steht da schon die Zahl 266 für eine Gemeindequote, die 0,5 sind jetzt 200, wir passen sie vielleicht flexibel an, also inhaltlich kann man diskutieren, aber nicht mit diesem Antrag, der uns da vorliegt, der ist abzulehnen. Danke (*Applaus KPÖ, SPÖ und Grüne*).

GR. **Rajakovics:** Es tut mir leid, aber ich lese das alles aus dem Antrag nicht heraus. Ihr redet vom Motivenbericht, der war zum Teil frei vorgetragen. Im Antrag steht nichts davon drinnen, da steht drinnen, dass man an die Frau Bundesministerin herantreten

soll, damit sie auf EU-Ebene erwirkt, dass entsprechend dem Schlepperwesen Einhalt geboten wird und dass auch innerösterreichisch zu einer größeren Verteilungsgerechtigkeit kommt. Ich glaube, wir haben verschiedene Anträge da, aber aufgrund dieses Antrages, das ist nämlich der Antragstext, das andere ist ein Motivenbericht, jeder kann da hier hineininterpretieren, was er möchte. Aufgrund dieses Antragstextes hat der Herr Bürgermeister auch einen Vorschlag gemacht, den wir natürlich auch weitergegeben haben an die Medien, um Bewegung in eine Sache zu bringen, die so verfahren scheint, dass sie praktisch in jeder Zeit im Bild mit noch einem Zeltlager da, dort ein Zeltlager, wir wissen ganz genau, dass es Größenordnungen gibt, die verträglich sind und Größenordnungen, die nicht verträglich sind. Größenordnungen, die man gut betreuen kann und nicht gut betreuen kann und über den Daumen kann man sagen, 50 Leute in einem Quartier, das ist bei Erwachsenen, die sowieso einiges hinter sich haben schon ein recht schwieriges Unterfangen, da brauche ich relativ viel Personal, um das zu betreuen, daher macht es Sinn, dass, wenn 50 % der Gemeinden gar nichts machen, dass man sich darauf einigt, dass die Bürgermeister die Verantwortung übertragen bekommen, diese 5%-Quote zur Bevölkerungszahl zu übernehmen, sprich bei 1000 Bewohnern werden das 5 Flüchtlinge und die kann man bis Mureck hinauf oder hinauf nach Schladming einem Bürgermeister zumuten und ein Bürgermeister und Vertreter und Sprecher der Bürgermeister im Städtebund fordert das und ich weiß nicht, warum da jetzt plötzlich ein Problem und da muss die Solidarität der Grazer hervorgehoben werden. Die Grazer sind solidarisch, ich kenne auch ganz viele, die was machen, die in den Flüchtlingsheimen unterwegs sind, die selbst sehr vorbildlich Projekte initiieren, schauen auch, dass sie zum Teil eine Unterstützung dafür bekommen, viele aber auch ehrenamtlich machen, das ist alles hervorragend. Ich glaube, dass wir in der Stadt Graz sehr vieles in der Richtung sehr gut machen, deshalb ist auch die Quote deutlich übererfüllt, auch die Quote, die wir uns da selber nehmen. Es soll auch jeder Gemeinde unbenommen sein, mehr zu machen, aber das ist ein Vorschlag, der die betrifft, die tatsächlich das umsetzen können. Einmal wird es dem Landeshauptmann aufgetragen,

dann wird es dem Herrn Bezirkshauptmann aufgetragen, ich muss den beauftragen, der letztlich bei den Menschen lebt und der das umsetzen kann und das sind die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und nicht mehr und nicht weniger ist der Vorschlag, den wir an die Frau Ministerin herantragen werden und der dazu führen soll, den Punkt 2, dem wir auch die Zustimmung geben, dass es zu einer Verteilungsgerechtigkeit innerhalb Österreichs kommt, weil nur weil wir es selber gut machen, können wir der EU sagen, warum wir wollen, dass es insgesamt europäisch zu einer Gerechtigkeit bei der Verteilung kommt und dass man nicht uns, aber natürlich auch andere Länder, die direkt an der Grenze sitzen, wie Spanien oder Italien, dass man solche Länder nicht allein lässt und das ist das, was in diesem Antragstext gewollt wird und dazu stehen wir auch und das ist überhaupt nichts, wo man jetzt sagen muss, um Gottes Willen, in dem Fall ist es so formuliert, das passiert ja auch nicht immer, aber so formuliert, dass wir diesem Antrag zustimmen werden und dass letztlich auch der Vorschlag von uns so an die Ministerin herangetragen wird und ich hoffe und ich glaube auch, dass es möglich ist, dass wir die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Städtebund davon überzeugen können. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Sippel**: Dann darf ich noch einmal zum Schlusswort kommen oder in anderen Worten gesprochen, mit Best of Sippel weitermachen. Lieber Herr Kollege Haßler, ich glaube, du solltest nicht so viel I-Tüpfel-reiten. Es wäre gescheiter, du würdest aus der letzten Landtagswahl ein bisschen deine Lehren ziehen, weil ihr seid ja gerade auch seitens der Sozialdemokratie drauf und dran, erstmals überhaupt im roten Wien....

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Katholnig: Wir waren Erster in Graz.

GR. Mag. **Sippel**: Ja, ein Riesenerfolg, den Landeshauptmann verloren, also kann man wirklich drauf stolz sein, aber ihr seid auch in Wien drauf und dran, erstmals auch das Zepter aus der Hand zu geben und auch Oberösterreich wird ein Desaster werden, wenn ihr nicht endlich anfangt, dieses Thema auch entsprechend ernst zu nehmen. Ich kann nur attestieren, dort wo Misserfolg draufsteht, ist Haßler und Schröck drinnen (*Applaus FPÖ*), nicht anders kann ich das, was du gesagt hast, analysieren. Zur Frau Kollegin Polz-Watzenig, das ist nicht ganz korrekt dieser Vergleich, wenn man die Flüchtlingsjahre 1956, 1965 und 1992 hernimmt, das stimmt, da sind bis zum jetzigen Stand mehr Flüchtlinge auch von Österreich aufgenommen worden, aber der Unterschied war, das waren Nachbarländer Österreichs und dort war auch die Option natürlich eine ganz andere, dass, wenn diese Unruhen, wenn diese Probleme in diesen Ländern vorbei waren, dass ein Großteil dann auch wieder zurückgegangen ist. Das ist diesmal nicht zu erwarten, also da ist ja nicht nur die kulturelle Angelegenheit eine andere, sondern auch die Nähe zum Heimatland und da sind wir einfach vor ganz anderen Herausforderungen und das ist in dieser Frage auch zu berücksichtigen und ich glaube, insofern kann man diese historischen Flüchtlingswellen mit der heutigen überhaupt nicht vergleichen. Und wissen Sie, wovor ich mich schäme, weil Sie da davor Ihren Scham zum Besten gegeben haben, ich schäme mich davor, dass sich Europa von einer Schleppermafia an der Nase herumführen, lässt die Leuten in Afrika oder wo auch immer einredet, dass das eine Insel der Seligen ist, dass es da Reichtum und was weiß ich alles zu erwarten gibt und dass Europa darauf nicht reagiert. Das sind ganze Strukturen, die Milliarden-Umsätze haben und Europa lässt sich da ausnützen und dafür schäme ich mich (*Applaus FPÖ*). Und wissen Sie, ich schäme mich auch dafür, dass wir in Europa und auch Sie vor allem nicht in der Lage sind, endlich zu unterscheiden, was die Genfer Flüchtlingskonvention von einem Wirtschaftsflüchtling oder einen Konventionsflüchtling von einem Wirtschaftsflüchtling unterscheidet und diese Unterscheidung ist grundsätzlich notwendig, um dieses System aufrecht zu

erhalten. Wenn wir das nicht tun, dann fahren wir sehenden Auges gegen die Wand (*Applaus FPÖ*). Ich glaube, das muss der Zugang sein, Verantwortung ja wahrnehmen, aber auch in erster Linie für die österreichische Bevölkerung. Wir haben in unserem Land genügend eigene Probleme, wir haben eine Rekordarbeitslosigkeit, wir haben eine Million Menschen an und unter der Armutsgrenze, ich glaube, wenn wir da mit gleichem Elan wie manche Organisationen in der Flüchtlingsfrage herangehen würden, dann wäre der österreichischen Bevölkerung geholfen und dann würden wir nicht Gefahr laufen, hier Zustände zu erreichen, die diesen Frieden und diese Stabilität Europas gefährden, wo dann in Zukunft gar nichts mehr gehen wird und vor dieser Vision haben wir Sorge und ich glaube, da muss man sich jetzt wirklich an einen Tisch setzen und endlich an diesen Lösungen arbeiten und nicht I-Tüpfel-reiten oder irgendwelche sozialromantischen Vorstellungen verbreiten. Endlich zur Besinnung kommen und Europa auf einen guten Weg in die Zukunft führen, weil sonst ist es nämlich zu spät (*Applaus FPÖ*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Erlauben Sie mir noch eine Anmerkung, wo Armin Sippel draufsteht, ist holprige Rhetorik und wenig Wissen drinnen (*Applaus SPÖ*). Wir reden nicht von Sozialromantik, wir reden davon, dass ein verheerender Krieg herrscht in Syrien und wir reden davon, dass ein Viertel oder jeder Vierte im Libanon ein Flüchtling aus Syrien ist, da reden wir nicht von irgendwelcher Sozialromantik, sondern da reden wir von einem grausamen Krieg, der viele Menschen, viel zu viele Menschen dazu verdammt, dass sie auf Flucht gehen (*Applaus SPÖ*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Pacanda) angenommen.

6) Bereitstellung öffentlicher Flächen und Zwischennutzungen für Gemeinschaftsgärten

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner** stellt namens der Grünen und Piratenpartei folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Liebe Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Mit meinem dringlichen Antrag kommen wir wieder zurück zum Miteinander, nämlich zum Thema Gemeinschaftsgärten, wo Menschen gemeinsam einen Garten bewirtschaften und dabei auch sehr viel an positiver Kommunikation erleben. In der aktuellen BIG, ich weiß nicht, wer von euch das gelesen hat, gab es einen Artikel zum Thema Heimgartenanlagen. Es gibt derzeit in Graz 24 Heimgartenanlagen und der Verband der steirischen Heimgärtner zählt 2.600 Mitglieder. In dem Artikel haben wir auch erfahren, dass es ziemlich lange Wartelisten gibt, weil Gärtnern einfach total im Trend ist, weil die Leute gerne etwas pflanzen, weil sie Grünflächen gerne nutzen, für die Kinder zum Spielen und einfach für Erholung im Allgemeinen. Es gibt aber noch einen anderen Trend zum Gärtnern außerhalb von den Heimgartenanlagen, das ist der Trend des Urban Gardening, der vor einigen Jahren bereits die Stadt Graz erreicht hat, nämlich das Aufstellen von Pflanzkisten, das Bepflanzen von Baumscheiben und besonders das gemeinsame Gärtnern (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) in Gemeinschaftsgärten. Gemeinschaftsgärten bieten den Menschen die Möglichkeit, selbst biologisches, regionales, saisonales Obst und Gemüse zu erzeugen, unabhängig von ihrem Einkommen. Es spiegelt das Bedürfnis der Menschen nach genutzter Natur wider, den Wunsch nach Gemeinsamkeit und Begegnung. In Graz gibt es derzeit 15 große Gemeinschaftsgärten, also die nicht nur aus einem Beet bestehen und ihr würdet euch wundern, wie verschieden die sind in ihren Zielgruppen, in ihren Strukturen, in ihrer

Ausrichtung. Es gibt zum Beispiel einen interkulturellen Garten, wo sehr viele Familien mit migrantischem Hintergrund sind und dort passieren total spannende Sachen. Es ist nämlich so, dass die migrantischen Frauen ein enormes Wissen haben über Gartenbau. Und das wird weitergegeben an österreichische Familien und da findet eine richtige Umkehrung statt, auch was den sozialen Status betrifft, weil diese Frauen dort einfach die Know-how-Trägerinnen sind (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) und die dann ganz anders angesehen werden. Es gibt zum Beispiel den Garten Mutter Erde, wo sozial schwache Familien tätig sind, aber es gibt auch Gemeinschaftsgärten, wo eben Studentinnen und Studenten gemeinsam Gemüse und Obst anpflanzen. Ich habe schon öfter Initiativen gemacht im Grazer Gemeinderat zum Thema Bereitstellung von Flächen, von öffentlichen Flächen und das ist ein weiterer Versuch, besonders deshalb, weil ja derzeit eine Grünraumoffensive der Stadt Graz läuft, die im Jahr mit zwei Millionen Euro für den Ankauf von Grünflächen dotiert ist. Aber auch, weil wir uns gewünscht hätten, dass bei dem einen Stück, das wir heute auf der Tagesordnung haben, nämlich der Vereinbarung über die Erschließungs- und Gestaltungsmaßnahmen in Reininghaus Quartier 1 und 4a auch Vorkehrungen für Zwischennutzungen vorgesehen sind. Wir diskutieren das Thema Gemeinschaftsgärten auch seit zweieinhalb Jahren immer wieder im Grazer Naturschutzbeirat, es sind auch Vertreter von den GärtnerInnen dort und bis dato gab es eben keine Flächen auf öffentlichem Grund, die zur Verfügung gestellt werden. Natürlich hätten die GärtnerInnen auch noch andere Wunsch, zum Beispiel eine Ansprechstelle, eine ämtergreifende Ansprechstelle, wenn es darum geht, mit privaten Grundstückseigentümern über Zwischennutzungen zu verhandeln, aber auch, wenn es Probleme gibt mit der Flächenwidmung, das hatten wir zum Beispiel beim interkulturellen Garten, wo es uns dann gelungen ist, beim Mutter-Erde-Garten, wo es uns gelungen ist, mit einer Umwidmung dann sozusagen die richtige Flächenwidmung herzustellen, um den Garten sicherzustellen. Es gibt leider auch Gemeinschaftsgärten auf privaten Flächen, die derzeit vom Aus bedroht sind, zum Beispiel der Garten in der Niesenberggasse, weil dort der Grundstückseigentümer jetzt ein Bauvorhaben realisieren möchte und

ungewiss ist, ob nächstes Jahr dieser wirklich ganz tolle Garten..., also es liegt auch ganz zentral, gleich beim Elisabethinerspital, können sich alle anschauen, ob es den nächsten Jahr noch geben wird.

Aus all diesen Gründen stelle ich namens des grünen Gemeinderatsklubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz beauftragt Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl als zuständiges Stadtsenatsmitglied, den Grazer GemeinschaftsgärtnerInnen im Rahmen der Grünraumoffensive der Stadt Graz ehebaldigst öffentliche Flächen für Gemeinschaftsgärten zur Verfügung zu stellen. Weiters wird Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl beauftragt, die Schaffung von Zwischennutzungen für Urban Gardening bestmöglich und insbesondere bei den beiden gesamt-städtisch bedeutendsten urbanen Stadtentwicklungsprojekten, nämlich Graz Reininghaus und Smart City Graz, voranzutreiben. Über die Ergebnisse dieser Initiative ist dem Grazer Gemeinderat bis zur Gemeinderatssitzung im November 2015 zu berichten.

Ich bitte um Annahme (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel**, MA, zum Antrag: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat! Wir als SPÖ Graz haben ja schon mehrfach bekundet, dass wir für Urban Gardening sind, wir haben auch selbst einmal eine Initiative gestellt, also sind wir dabei. Was vielleicht aus unserer Sicht Probleme bereiten könnte, sind die

Zwischennutzungen, aber wir sind der Meinung, man sollte es probieren und wir werden eine Lösung finden (*Applaus SPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe schon durch Gespräche am Rande der Gemeinderatssitzung gewusst, dass der Zeitpunkt gut, war diesen dringlichen Antrag wieder einzubringen, muss ich sagen. Einfach, weil sich in der Zwischenzeit einiges ergeben hat, weil Gespräche stattgefunden haben und ich freue mich total, dass es jetzt gelingt, dass der Grazer Gemeinderat sich zu den Gemeinschaftsgärten und zu Urban Gardening bekennt und dass es bald Flächen geben wird, die wir auch als Stadt Graz den GärtnerInnen zur Verfügung stellen. Ich bedanke mich ganz herzlich bei allen für die Unterstützung. Danke (*Applaus KPÖ und Grüne*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.